

TRANSPORTARBEIT Das Nervensystem des Kapitalismus	4
QUEERFEINDLICHKEIT Die Gewalt hat System	9
GRÜNER WASSERSTOFF Mehr Profit fürs Kapital	10
MANOSPHERE Die Welt der Frauenhasser	11



ROJAVA

Organisierte Selbstverteidigung

In den letzten Wochen und Monaten haben sich die Ereignisse in Syrien überschlagen. Die eiserne Herrschaft des Assad-Regimes ist in sich zusammengefallen. Was scheinbar in 12 Jahren des Bürgerkriegs unmöglich war, hat sich auf einmal in 12 Tagen abgespielt. Es sind Zeiten des Umbruchs, in denen die revolutionären Kräfte in Rojava eine reale Macht darstellen. Insbesondere die Frauen verteidigen ihre Revolution in Nordost-Syrien (Rojava) mit voller Kraft.

(agfk) In dieser Zeitung erschienen immer wieder Analysen zur Lage im Nahen Osten, in denen darauf hingewiesen wurde, dass sich die Situation schlagartig ändern kann. Einmal mehr befinden wir uns in einer solchen Situation. Was wir heute (Redaktionsschluss 7.2.2025) schreiben, kann morgen schon ganz anders aussehen. Noch ist offen, wer sich im Kräfteingen durchsetzen wird. Eines steht jedoch fest, der Sturz von Assad ist nicht nur ein regionales Phänomen, er ist Teil einer Neuaufteilung der Welt, in dessen Prozess die imperialistischen Kräfte mitmischen, um sich neu und besser zu positionieren. Die revolutionären Kräfte Nordost-Syriens stehen vor einem herausfordernden Prozess, der ihre Existenz bedrohen oder aber grosse Gewinne bedeuten kann. Entscheidend wird sein, wie sie die Gemengelage aus regionalen, reaktionären Kräften

und imperialistischem Krätemessen für sich auszunutzen wissen. Ein zentraler Faktor ist die tiefe Verankerung der Revolution in der Bevölkerung, die sich auch in militärischer Stärke und insbesondere der Bereitschaft der Frauen ausdrückt, ihre Revolution bis zum Äussersten zu verteidigen. Diese Verankerung zeigt, dass der politische Vorschlag der konföderalen Selbstverwaltung, der seit zwölf Jahren in Nordost-Syrien umgesetzt wird, eine stabile politische Lösung für das ganze multiethnische Syrien darstellt. Die revolutionären Kräfte haben also für einmal keine schlechten Karten in der Hand. Um zu verstehen, wieso dem so ist, werden wir zuerst kurz auf die aktuelle Situation eingehen und dann welche Rolle die Frauenorganisationierung in der aktuellen Entwicklung spielt.

Die neuen Machthaber in Damaskus

Die HTS (Hayat Tahrir al-Sham), die jetzt in Damaskus die Macht übernommen haben, gibt es es nicht erst seit gestern und es sind auch nicht «irgendwelche Rebellen», wie sie vom Westen gerne dargestellt werden. Die HTS ist eine Koalition mehrerer salafistischer Dschihadistengruppen, die am syrischen Bürgerkrieg beteiligt waren. Zu ihr gehören Gruppen mit engen Verbindungen zu Al-Qaida sowie ehemalige Kämpfer des sogenannten Islamischen Staates (IS).

Es sind Kräfte, die seit 2013 von Katar, der Türkei, Grossbritannien und dem CIA aufgebaut, bewaffnet und finanziert worden sind. Ziel war es, das syrische Regime zu stürzen, um damit auch die Achse des Widerstandes, welche unter Führung des Irans steht, zu schwächen. Die Türkei hat sich an diesem Projekt unter der Bedingung beteiligt, dass sie grünes Licht erhält, gegen die Selbstverwaltung in Rojava vorzugehen. Dadurch will sich Erdogan einerseits der grössten innenpolitischen Gefahr - der kurdischen Widerstandsbewegung - entledigen und zugleich die eigenen Grossmachtgelüste durch weitere Gebietsgewinne umsetzen.

Die Türkei möchte im Zuge des Chaos in Syrien die Gunst der Stunde nutzen und das selbstverwaltete Rojava vernichten. Dies hat sie auch versucht, doch die unglaublich starke Verteidigung durch die SDF (Verteidigungskräfte von Rojava) haben sie ausgebremst. Dadurch ist die ohnehin schon angeschlagene Position der Türkei weiter geschwächt. Die Rolle, die die Türkei für den westlichen Imperialismus als Rammbock in der Region gespielt hat, um vor allem das syrische Regime zu zerschlagen, hat sie heute nicht mehr. Diese Rolle der stellvertretenden Führungsmacht des Imperialismus in der Region ist heute eindeutig auf den israelischen Staat übergegangen.

Fortsetzung auf Seite 6

Inhalt

- 3 Südkurdistan: Die Frauenrevolution als Basis
- 4 Ökonomie: Warum uns als Kommunist_innen die Logistik interessieren sollte
- 5 Rüstungspolitik: Der Rüstungsindustrie Milliarden hinterherschliessen
- 6 Rojava: Organisierte Selbstverteidigung
- 8 Libanon: «Frauen waren schon immer Teil unserer Organisation und das auf allen Ebenen»
- 9 Im Bild: Praktische Selbstverteidigung

Frauenkampf: Schulter an Schulter – LGBTQ+- und Frauenkampf
- 10 Grüner Wasserstoff: Für die Menschen oder für das Kapital
- 11 Manosphere: Das Netzwerk hinter digitalen Männerkulturen
- 12 Militär: Landesverteidigung mit Blick nach Innen
- 13 Rojava: Krieg gegen Faschismus und Barbarei
- 14 Frauenkampf: Gewalt gegen Frauen und warum das staatliche Vorgehen wenig nützt
- 15 Geschichte: 500 Jahre «Bauernkrieg»
- 16 Lesetipps

POLITISCHE GEFANGENE

Grusswort aus der Haft von Daniela Klette an die Rosa-Luxemburg-Konferenz

Vollständiges Grusswort abgedruckt in der jungen Welt, 17.1.25

Ich grüsse Euch heute aus dem Gefängnis von Vechta. Ich wurde vor bald einem Jahr nach Jahrzehnten des Lebens in der Illegalität verhaftet. Ich war 17, als der vietnamesische Befreiungskampf den US-angeführten Imperialismus besiegte. Der unglaubliche Sieg wurde mit weltweiter Solidarität erkämpft – trotz Napalm, trotz der enormen Militärmaschine, die der Befreiungsbewegung entgegenstand, und trotz der Massaker an der vietnamesischen Bevölkerung, die die US-Militärs mit der Hilfe und Komplizenschaft des Westens, allen voran Deutschlands, verübt hatten. Es war in vielen Ländern eine Zeit der Versuche der Befreiung und antikolonialer Kämpfe: z. B. die Black Panthers gegen die rassistische Unterdrückung und für die Revolution in den USA, der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika oder der FSLN in Nicaragua gegen die Diktatur. Ich begann zu verstehen, was die Menschheit von Kapitalismus und Imperialismus zu erwarten hat. Ja, ich sah mich als Teil der weltweiten Bewegungen, die für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Kapitalismus und Patriarchat und gegen Krieg und Militarismus kämpften. Niemand, der als Teil der emanzipatorischen und revolutionären Linken eingesperrt wird, wird einfach wegen seiner angeblichen oder tatsächlichen Taten zur Gefangenschaft gezwungen. Wir sitzen alle aufgrund des staatlichen Willens, die Geschichte revolutionärer Kämpfe zu delegitimieren und zur Abschreckung der Kämpfe der Zukunft im jahrelangen Elend der Gefängnisse. Das betrifft mich genauso wie Mumia Abu-Jamal und Leonard Peltier in den USA, die gefangenen Anarchist*innen in Griechenland – Marianna, Dimitri, Nikos, Dimitra – und viele andere politische Gefangene weltweit. In diesem Sinne ist der Justizprozess gegen mich ein Prozess gegen eine emanzipatorische, linksradikale und antikapitalistische Opposition.

Solidarische, kämpferische und herzliche Grüße an Euch alle.
D. K.



WEF-Demo in Bern, 18.01.2025

Editorial

Der 8. März, unser Frauenkampftag, steht vor der Tür! In Zeiten, in denen der Rechtsrutsch immer sichtbarer und spürbarer wird, ist die gemeinsame Organisation wichtiger denn je. Wie immer wird versucht, unsere Kämpfe zu schwächen – sei es durch Repression oder durch die Angriffe auf unsere Rechte und unser Leben. Dass wir genau jetzt zusammenstehen und Widerstand leisten müssen, liegt auf der Hand. Gemeinsam machen wir sichtbar, dass wir uns nicht einschüchtern lassen. Im Zentrum dieser Ausgabe stehen feministische und queere Kämpfe gegen Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung. Die Proteste im Iran gegen die Hinrichtung von Javad Azizi sind ein eindringliches Beispiel für den Mut derjenigen, die sich der Brutalität autoritärer Regimes entgegenstellen. Frauen haben sich an vorderster Front dieser Bewegung positioniert, trotz der enormen Risiken, denen sie ausgesetzt sind. Diese Kämpfe sind ein Ausdruck von Widerstand gegen patriarchale Gewalt und dem kapitalistischen System.

Die Parole „Jin, Jiyan, Azadi“ (Frau, Leben, Freiheit), die von der Frauenrevolution in Rojava inspiriert wurde, ist dabei nicht nur ein Schlachtruf, sondern ein Symbol für die Möglichkeit einer anderen Welt. Diese Revolution, die inmitten eines brutalen Krieges eine feministische, basisdemokratische Gesellschaft aufgebaut hat, zeigt uns, wie Widerstand auch Aufbau sein kann. Die Frauen von Rojava haben bewiesen, dass es Alternativen zum patriarchalen Kapitalismus gibt – und sie inspirieren Menschen weltweit.

Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich den Strukturen feministischer Gegenmacht, insbesondere den herausragenden Selbstverteidigungsinitiativen von Frauen und LGBTQ+-Personen. Diese Kollektive schaffen es, nicht nur sich selbst gegen Angriffe zu schützen, sondern entwickeln auch kollektive Strategien, die die Grundlage für eine gerechtere Gesellschaft bilden. Ihr Widerstand ist mehr als ein Akt der Notwehr – er ist ein kämpferisches Statement gegen eine Weltordnung, die von Gewalt und Ausbeutung geprägt ist.

Von den Protesten in Teheran bis zu den Kämpfen in den Rest der Welt: Der Aufbau einer revolutionären Gegenmacht auf der Strasse ist und bleibt der Schlüssel zur Veränderung. Diese Ausgabe bietet einen Einblick in die Kraft und Vision feministischer Bewegungen, die sich in unterschiedlichen Kontexten entwickeln, aber alle dasselbe Ziel verfolgen: eine Welt der Freiheit und Gleichheit.



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



SÜDKURDISTAN

Die Frauenrevolution als Basis

Interview mit einer Internationalistin, die Teil einer Delegation nach Şengal war.

Du warst letztes Jahr Teil einer Delegation nach Şengal. Wo liegt Şengal und wieso seid ihr dahin gegangen?

(agbs) Şengal liegt im Norden des Iraks, sprich in Südkurdistan/Başur. Das Gebiet Şengal wird hauptsächlich von der ethno-religiösen kurdischen Minderheit der Êzid_innen besiedelt. Sie tragen eine jahrtausendelange Geschichte der Verfolgungen, Vertreibungen, Massakern und Genoziden mit sich. Die Êzid_innen sprechen von 74 Genoziden an ihnen. Wobei der 74. Genozid noch immer anhält.

Wir waren eine Jugenddelegation aus verschiedenen Ländern aus Europa und gingen im Rahmen des zehnten Jahrestages des Beginns des 74. Genozid und Feminizids vom 3. August 2014 in die Region. Zum einen, um die Geschichte und den Kampf der Êzid_innen nach Europa zu tragen und um die revolutionäre Transformation der Gesellschaft und des Lebens, die sich die Bevölkerung Şengals in den letzten zehn Jahren erkämpft hat, unvermittelt zu sehen und gemeinsam im Namen der internationalen Solidarität, am 3. August 2024 an der Demonstration in der Stadt Şengal teilzunehmen.

Was ist beim Genozid 2014 passiert?

In der Nacht vom 3. August marschierte der sogenannte Islamische Staat in der Stadt Şengal ein. Die Peshmerga (Verteidigungseinheit der kurdischen Autonomieregion), die eigentlich für den Schutz der Bevölkerung zuständig und vor Ort war, haben alle Waffen der Region mitgenommen, sind geflüchtet und liessen die Bevölkerung völlig schutzlos zurück. Tausende wurden bereits am ersten Tag getötet. Die Buben wurden gewaltsam zwangskonvertiert, circa 7'000 Mädchen und Frauen als Sex-Sklavinnen verschleppt, verkauft und missbraucht. Auch sie waren gezwungen ihren Glauben abzulegen.

Weil besonders die Gewalt an den êzidischen Mädchen und Frauen so schwer waren, wird der Genozid von 2014 auch als Feminizid bezeichnet. Bis heute werden noch circa 2'700 Mädchen vermisst.

Die Êzid_innen, die fliehen konnten, versuchten in die Berge zu flüchten, wo sie vom IS eingekesselt waren. Zwölf Genoss_innen der PKK, die in der Nähe waren, begannen gegen den IS anzukämpfen und die Menschen in den Bergen zu versorgen. Drei Tage später rückte Verstärkung nach. Die YPG- und YPJ-Kämpfer_innen konnten einen Korridor nach Rojava freikämpfen. Circa 35'000 Menschen konnten dadurch flüchten. Viele blieben aber auch in den Bergen zurück um Widerstand zu leisten. Die YPG- und YPJ-Kämpfer_innen bildeten die Bevölkerung in militärischem Know-How aus und zusammen verteidigten sie Şengal ein Jahr lang, bis es ihnen gelang, den IS zurückzudrängen und die Stadt zu befreien.



Demonstration am 3. August 2024 in Şengal Stadt.

Was war der besondere Hebel, der aus diesem schrecklichen Ereignis diese sogenannte Transformation des Lebens in Şengal auslöste?

Die Gewalt des Genozids liess die Bevölkerung Şengals die Notwendigkeit der Selbstverteidigung erkennen und hat im gemeinsamen Kampf mit den Genoss_innen der PKK die Schönheit im Kampf für die Freiheit kennengelernt. Ihr Begriff von Freiheit geht jedoch weit über eine Beendigung der militärischen Kriege an der kurdischen Bevölkerung hinaus. Sie kämpfen für die Befreiung der ganzen kapitalistischen Weltordnung, deren Kriege und all ihrer Gewalt. Die Frauenrevolution sehen sie als Basis all diese Herrschaftsverhältnisse zu sprengen. Die Philosophie von Abdullah Öcalan gab den Êzid_innen in Şengal die Werkzeuge, ihre Lage zu erkennen und eine Strategie im Kampf für eine befreite Gesellschaft zu entwickeln.

So entwickelten sie nach dem Genozid gemeinsam mit der PKK Strukturen, um diesen selbstbestimmten und vorwärts gewandten Weg in Richtung Freiheit zu gehen.

Sie errichteten Organisationen und Komitees für Frauen, Bildung, Jugend, Ökologie, innere und äussere Verteidigung, Kultur und vieles mehr. Diese Strukturen lassen sich nicht getrennt voneinander, sondern nur als ein Ganzes verstehen. Jede dieser Strukturen fliesst in die andere ein – sie bedingen sich sogar. Auch entstanden sie nicht losgelöst von der Geschichte als eine oberflächliche Umstrukturierung des Lebens in Şengal, sondern als geschichtliche Notwendigkeit.

Wie sieht die Organisation der Frauen in Şengal als Basis des Widerstandes aus?

Auf der Erkenntnis, dass nur wenn die Frauen frei sind, auch eine Gesellschaft frei sein kann, ist die Emanzipation der Frau das zentrale Kampffeld in der Strategie des Demokratischen Konföderalismus. Abdullah Öcalan be-

schreibt die Familie als kleinen Staat des Mannes. Doch als vereinzelte Frau in der Familie dieses Paradigma aufzubrechen, verändert die Herrschaftsverhältnisse nicht. Nur in kollektiver Organisation und Bildung lässt sich eine objektive Erkenntnis über die Unterdrückung der Frau und darin die Strategie zur Überwindung dieser erlangen.

Unter diesem Motto hat sich die Frauenorganisation Tajê in Şengal gegründet. Sie vereint Êzidî-Frauen aller Altersgruppen, organisiert sich in Form von Kommunen, gründet selbstverwaltete Frauenräte und steht an der Spitze des Widerstandes in Şengal. Bildung und Frauenakademien gelten als wichtige Grundlage, um den freien Willen und die Organisation der Frauen zu stärken.

Die Tajê wirkt in alle Strukturen in Şengal ein und vertritt die besondere Stellung der Frauenfrage in allen Bereichen des Lebens. Um ein Beispiel zu nennen: Speziell bei Gewalttaten gegen Frauen, wie häusliche Gewalt, Vergewaltigungen oder Feminiziden, usw. wird die Tajê als Beratung oder Entscheidungsträger dazugezogen in der Frage, wie man als Gesellschaft mit dieser Tat im Konkreten, sowie aber auch im Allgemeinen umgehen will. So soll einem patriarchalen Justizsystem, wie wir es hier und in allen bürgerlichen Staaten vorfinden, entgegengehalten werden.

In den befreiten Gebieten Kurdistans kann man sehen, wie diese Theorie und Praxis das einstige Leben aus den Angeln gehoben hat. Ich bin unbeschreiblich dankbar, den Widerstand in Şengal so nah erlebt haben zu dürfen. Dankbar für die Stärke, die ich von all den Genoss_innen auch in mir mitnehmen konnte. Wir in Europa und als Kämpfende auf der ganzen Welt können viel vom kurdischen Freiheitskampf, ihren Erkenntnissen und der Schönheit im Kampf in den hässlichsten Widersprüchen lernen. Lernen, die Schablonenhaftigkeit in unserer Strategie zu überwinden, die Genauigkeit auch scheinbar unsichtbarer Widersprüche zu erkennen und diese Widersprüchlichkeit in der Form unseres Kampfes zu leben.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

KRIEG DEM KRIEG – FEUER BEI AUTERION

In der Nacht vom 15. auf den 16. Januar 25 haben wir bei Auterion an der Edenstrasse in Zürich im Eingangsbereich mittels einem Brandsatz und Autoreifen ein Feuer entzündet. Dies, weil Auterion massgeblich an der Software Entwicklung für Drohnen beteiligt ist, welche beispielsweise vom US Militär verwendet werden.

(...)

Im Jahr 2017 wurde Auterion an der ETH mit dem Ziel gegründet, eine Open-Source-Autopiloten Software für Drohnen zu vermarkten. Nach wenigen Jahren, in jenen sich Auterion noch der rein zivilen Nutzung verschrieben hatte, folgte der erste grosse Durchbruch – eine Kooperation mit dem amerikanischen Verteidigungsministerium. Bereits 2020 wurde die entwickelte Software PX4 zum Standard für alle amerikanischen militärischen Kleindrohnen erwählt. Die vormals rein zivile Nutzung im Ethikodex von Auterion wurde zugunsten lockender Kriegsprofite schnell fallengelassen - «Wir entwickeln keine bewaffneten Systeme und unterstützen keine Technologien die dazu dienen, Menschen zu schaden» wurde also zu Makulatur. Mit der Eskalation des imperialistischen Krieges zwischen der USA, der NATO und Russland auf dem Gebiet der Ukraine, wusste sich Auterion schnell zu positionieren. Im Namen von freiheitlichen demokratischen Staaten die sich

verteidigen müssen, folgten grosse Profite für Auterion. Währenddessen werden hundertausende der Arbeiter*innenklasse auf dem modernen Schlachtfeld für die Interessen der herrschenden Klassen abgeschlachtet.

Die Verbindungen von der vermeintlich friedlichen Software-Entwicklungsindustrie und der Rüstungsindustrie sind mannigfaltig. Wir wollen nur einige Wenige benennen. So investieren inzwischen beispielsweise der ehemalige Google-Chef Eric Schmidt sowie die Unternehmensgruppe Diehl fleissig in Auterion. Zur Diehl Unternehmensgruppe gehört unter anderem die Rüstungsfirma Diehl Defence, welche sich auf Flugkörper- und Raketensysteme spezialisiert hat. Die jüngste Kooperation von Auterion mit dem bekannten Kriegsprofiteur Rheinmetall schlägt in die gleiche Kerbe. Nichts weniger als den neuen Standard für militärische Drohnen, also fliegende Killerkommandos, soll geschaffen werden.

(...)

Die Kriegsprofiteure und die Kriegstreiber sind hier zu finden! Der Feind steht im eigenen Land! Wir rufen alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte dazu auf, sich dem Widerstand gegen die kapitalistische Barbarei anzuschliessen. Ob mit Flugblatt, Steinen, Demonstrationen oder Feuer: Egal welche Mittel dabei gewählt werden, sie alle sind legitim und

Teil des Kampfes für eine Perspektive abseits von Ausbeutung und Unterdrückung!

Wir widmen diese Aktion all jenen Internationalist*innen die aufgebrochen sind, und im Kampf für eine andere Welt ihr Leben gegeben haben.

Es lebe der revolutionäre Internationalismus!
<https://barrikade.info/article/6834>

ÖKONOMIE

Warum uns als Kommunist_innen die Logistik interessieren sollte

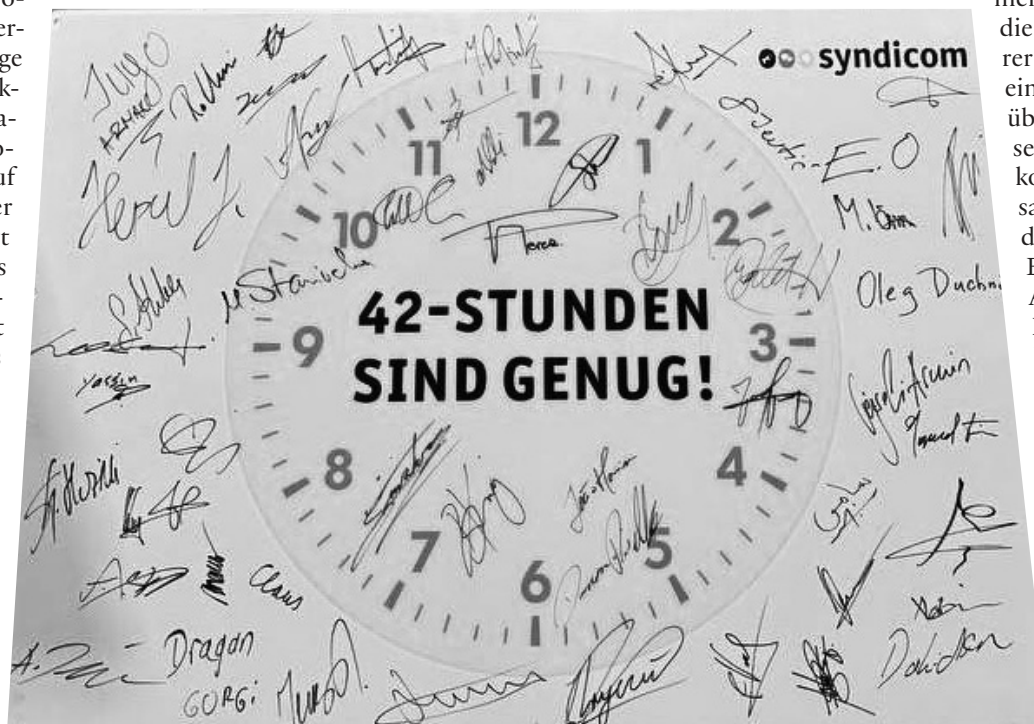
In den vergangenen Jahren sind Logistikbetriebe weltweit vermehrt zu Brennpunkten von Arbeitskämpfen geworden. Es lohnt sich dabei einen genaueren Blick auf die objektive Seite zu werfen. Marx hat Funktion und Wichtigkeit der Transportarbeit im «Kapital» in allen drei Bänden mehrfach beschrieben.

(az) Die zunehmenden Kämpfe im Logistiksektor haben mit der Prekarisierung der Arbeitsbedingungen in diesem Sektor zu tun, gegen diese sich von der subjektiven Seite her immer mehr Gründe für Protest und Widerstand finden lassen. Die Ursachen der Arbeitsbedingungen in der Logistik sind wiederum in den Produktionsverhältnissen zu finden. Denn damit ein fertig produziertes Produkt schlussendlich bei uns ankommt und als Gebrauchsgegenstand genutzt werden kann, durchläuft es in der Warenproduktion verschiedenste Ortsveränderungen. Schon innerhalb des Produktionsprozesses werden für die Fertigstellung des Arbeitsgegenstandes die dazu nötigen Arbeitsmittel und Arbeitskräfte mehrfach verschoben, also auch die Waren als Produktionsmittel in Form von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Wir legen den Fokus nun aber weniger auf die Produktion der Ware, sondern mehr auf den Transport der Konsumtionsmittel. Oder anders ausgedrückt betrachten wir die Distributionslogistik, welche für den letzten Schritt im Gesamtprozess eine grosse Rolle spielt. «Der Übergang des fertigen Produkts als fertige Ware aus einer selbständigen Produktionsstätte in die andere, räumlich davon entfernte, zeigt dasselbe Phänomen nur auf grösserer Stufenleiter. Auf den Transport der Produkte aus einer Produktionsstätte in eine andere folgt noch der der fertigen Produkte aus der Produktionssphäre in die Konsumtionssphäre. Das Produkt ist erst fertig für die Konsumtion, sobald es diese Bewegung vollendet hat.» Dieser letzte Schritt der Warenproduktion hat sich durch die Entwicklung der Produktivkräfte in den letzten 20 Jahren immer mehr vom stationären in den Onlinehandel verlagert. Im Jahr 2020 lag der Umsatzanteil des Onlinehandels bereits bei 11.8 % des gesamten Detailhandels in der Schweiz. Beschleunigt durch die Coronapandemie hält diese Tendenz weiter an. Dadurch erhält die Paketzustellung einen immer grösseren Anteil am Gesamtprozess der Warenproduktion. Marx beschreibt, dass die Revolution der Produktionsweise in Industrie und Landwirtschaft auch eine Revolution der Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses benötigen. Damit meint er die Kommunikations- und Transportmittel.

Transport- und Kommunikationsmittel im Kapitalismus

Im globalisierten Weltmarkt, in welchem die eigentliche Warenproduktion in alle Ecken der Welt verteilt wurden und dann die fertigen Produkte wiederum in alle anderen Ecken der Welt zur Konsumation geliefert werden, bekamen die Transport- und Kommunikationsmittel eine zusehends grössere Bedeutung. «Mit diesen weltmarktlchen Beziehungen steigt die Arbeitsnachfrage in der Transportindustrie und spaltet sich letztere in zahlreiche neue Unterarten.» Hat Marx damals noch von einem System von Flussschiffen, Eisenbahnen, ozeanischen Dampfschiffen und Telegrafen geschrieben, sind es heute LKW, Flugzeuge, Frachtcontainerschiffe, automatisierte Lager, Elektrolieferfahrzeuge oder mittlerweile auch Drohnen. Für den gesamten Produktionsprozess wird die Logistik dadurch in die Unterarten Beschaffungs-, Produktions-, Distributions- und Entsorgungslogistik eingeteilt. Für die Kommunikation hingegen ist das Internet schon lange das geeignetste Mittel. Dieses ermöglicht digitale und mittlerweile auch automatisierte Bestellprozesse schon in der Produktion. Später ist dann aber auch der zunehmende Onlinehandel im Verkauf der Waren von immer grösserer Bedeutung geworden. Darin übernimmt er dann mit individualisierten Algorithmen, immer mehr auch von KI gesteuert, zusätzlich noch die Rolle des Marketings. Schlussendlich ist ein Warenlager dann eben viel kostengünstiger zu bewirtschaften als ein Geschäft mit

einer Warenauslage. Im marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf verliert, wer den Aufsprung auf den Zug des Onlinehandels verpasst hat. Auch wird weiter z.B. der Prozess der Paketzustellung zunehmend digitalisiert. Anstatt im Kopf der Zustellenden wird die Zustellroute durch komplexe IT-Systeme, gefüttert durch tagesaktuelle Sendungsdaten, so effizient wie möglich berechnet. Auch diese Prozesse sollen zunehmend automatisiert werden und den manuellen Aufwand in der Tourenplanung so gering wie möglich halten. Denn die Beschleunigung und Ausweitung der Transport- und Kommunikationsmittel verkürzt die Umschlagszeit des Kapitals und vergrößert den Profit. «Eine stetig wirkende Ursache in der Differenzierung der Verkaufszeit, und daher der Umschlagszeit überhaupt, ist die Entfernung des Markts, wo die Ware verkauft wird, von ihrem Produktionsplatz. Während der ganzen Zeit seiner Reise zum Markt befindet sich das Kapital gebannt in den Zustand des Warenkapitals; [...]» Es liegt also im Interesse der Kapitalist_innen, die Zeitperioden des Rückflusses so kurz wie möglich zu halten. Während der eine Teil immer noch als Warenkapital zirkuliert, ist ein anderer Teil bereits in Geldkapital verwandelt. «Durch diese Verteilung des Rückflusses auf mehrere aufeinander folgende Perioden wird die Gesamtumlaufszeit abgekürzt und daher auch der Umschlag.» Das Kapital ist



Protestpause und offensive Forderungen der Belegschaft bei der Post am symbolträchtigen Blackfriday 2024

also für den Zirkulationsprozess der Waren und den Profit zwingend auf die Logistik, oder eben die Transportarbeit angewiesen, welche wiederum Kosten verursacht.

Transportarbeit ist produktive Arbeit

Im Produktionsprozess entstehen so zweierlei Formen von Zirkulationskosten. Zum einen diejenigen, die aus blossem Formwechsel des Werts hervorgehen und nicht in den Wert der Waren eingehen. Anders zu betrachten sind diejenigen Zirkulationskosten, die aus dem Produktionsprozess entspringen und nur in der Zirkulation fortgesetzt werden können. Durch seine Zirkulationsform ist der produktive Charakter der Transportarbeit versteckt. Obwohl sich die Produktmassen durch den Transport nicht vermehren, verwirklicht sich der Gebrauchswert von Dingen nur durch ihre Konsumation, wodurch ihre Ortsveränderungen nötig werden und damit dieser zusätzliche Produktionsprozess, die Transportindustrie. Die Besonderheit der Transportindustrie macht aus, dass sie einerseits einen selbständigen Produktionszweig bildet. Andererseits unterscheidet sie sich dadurch, dass sie als Fortdauer eines Produktionsprozesses innerhalb des Zirkulationsprozesses und für den Zirkulationsprozess erscheint. «Das in dieser (der Transportindustrie) angelegte produktive Kapital setzt also den transportierten Produkten Wert zu, teils durch Wertübertragung von den Transportmitteln, teils durch Wertzusatz vermittelst der Transportarbeit. Dieser letztere Wertzusatz zerfällt, wie bei aller kapitalistischen Produktion, in Ersatz von Arbeitslohn und in Mehrwert.» Da bei aller Arbeit, die Wert zusetzt, auch Mehrwert zugesetzt werden kann, wird sie dies auf kapitalistischer Grundlage auch immer tun. Wie wir bestens wissen, benötigen die Kapitalist_innen um Mehrwert hinzuzufügen und abzuschöpfen Lohnarbeit.

tende, welche ausgebeutet werden können. Wie für alle produktive Arbeit benötigt die kapitalistische Produktionsweise auch den für möglichst hohe Profite bestmöglichen Produktionsort. Doch anders als bei der Produktion der Waren, welche für Extraprofite in Länder mit billigeren Produktions- und Lohnkosten ausgelagert werden können, ist dies eben für die Transportarbeit auf der letzten Meile nicht möglich. Sie verbleibt hier bei uns in den imperialistischen Zentren. Und dabei spielt die Billigkeit des Transportes eine grosse Rolle. Dieser Prozess nach immer billigeren Produktionskosten im Transport prekarisiert die Arbeitsbedingungen zusehends, wie wir am Beispiel der Paketzustellung gut veranschaulichen können. Dass der Widerstand dagegen erfreulicherweise auch zunimmt, ist allerdings nicht selbstverständlich.

Arbeitskämpfe entlang des Nervensystems des Kapitals

Wie in allen Produktionssektoren sind auch in der Transportindustrie eine Vielzahl von Unternehmen der Konkurrenzlogik des Kapitalismus unterworfen. Beschränken wir uns auf die Schweiz und die Paketzustellung, teilen sich die Post, Planzer, DHL und DPD den überwiegend grössten Marktanteil auf. Obwohl die Paketmengen seit Jahren kontinuierlich wachsen, sinken die Margen pro Paket zusehends. Ein eher kleinerer Paketdienstleister wie Quickpac wurde erst vor einigen Monaten wegen Insolvenz von Planzer übernommen, welcher wiederum aber auch um sein Überleben kämpft. Um eben zu Aufträgen zu kommen, wird um die grossen Firmen des Versandhandels gebuhlt. Der wesentlichste Treiber dabei ist der Preis pro Paket. Sinken somit die Einnahmen pro Paket, wird der Druck auf die Arbeitsbedingungen unausweichlich steigen. Dies zeigt sich entweder indem die Arbeitszeit bei gleichem Lohn ausgedehnt wird oder der Anteil der Mehrwertarbeitszeit an der gesamten Arbeitszeit erhöht wird. Die Auswirkungen zeigen sich in Form von Personalknappheit, was zu exorbitant langen Arbeitstagen für die Paketzustellenden führt, der Druck auf die individuelle Produktivität stark erhöht wird oder eben auch die Einstiegslohne in der Tendenz immer mehr sinken. So drehen sich die Arbeitskämpfe in dieser Branche meistens vorerst mal um eine Reduktion der Arbeitszeit auf einen Achtstundentag. Diese Kämpfe sollen auch als Vorbedingung für andere Bestrebungen nach Verbesserung und Emanzipation verstanden werden. Ob nun

bei Planzer, Presto oder der Post, die Arbeitskämpfe der letzten Jahre bei diesen Logistikkonzernen waren seltene Lichtblicke in der durch scheinbar tief im Bewusstsein verwurzelte Sozialpartnerschaft gelähmte Kampfbereitschaft in der Schweiz. Diese Kämpfe sind wichtig für uns, weil es zeigt, dass es immer mehr Menschen bewusst wird, dass sinkende Kaufkraft und Lebensstandards nicht einfach Zufälle sind, die ausgerechnet die arbeitende Klasse treffen. Diese Kämpfe in der Logistik sind international, egal ob in den Häfen von Genua oder in jenen der US-Ostküste, bei Amazon oder bei der Marokkanischen Post, sie treffen und unterbrechen den Nerv der Warenzirkulation punktuell, die Auswirkungen lähmen aber viel grössere Bereiche der ganzen Warenzirkulation. Entlang des Nervensystems der Wertschöpfungskette lässt es sich effektiv kämpfen. Daher sollte uns alle die Logistik interessieren.



Link zu Logistikdossier auf aufbau.org

RÜSTUNGSPOLITIK

Der Rüstungsindustrie Milliarden hinterherschliessen

Mit dem grössten Aufrüstungspaket seit dem Kalten Krieg soll die Schweizer Armee für den «Hybriden Krieg» fit gemacht werden. Doch selbst ihre Fans beklagen die Verschwendung von hunderten Millionen Franken. Die Rüstungskonzerne freuts.

(az) Die Hellebardenliebhaber_innen und Kanonenfreund_innen im Parlament haben keine Zeit verschwendet. Bereits einen Monat nach Beginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine haben sie die «Zeitenwende» genutzt, um Motionen zur Erhöhung des Militärbudgets einzureichen. Darin wurde eine Erhöhung des Armeebudgets von rund 0.7 auf ein Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) bis 2030 festgeschrieben. So hoch lagen sie zuletzt zu Zeiten des kalten Krieges. Vier Monate nach Kriegsbeginn war es schon beschlossene Sache. Die Aufrüstung scheint zurzeit unhinterfragbar zu sein. International zeigt sich die Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche auch darin, dass sich die Forderungen nach Aufrüstung zurzeit im Wochentakt übertreffen: Die Nato hat sich auf 2% des BIP festgelegt, was etwa zwei Drittel der Mitgliedsstaaten erreichen. Polen liegt mit 4.1% auf dem Spitzenplatz. Kürzlich forderte Trump von den Europäischen Ländern sogar die absurd hohe Zahl von 5% des BIP. Zur Einordnung: Mit 5% des BIP würde Deutschland etwa 40% des gesamten Staatsbudgets für die Armee einsetzen – selbst zu den heissen Zeiten des kalten Krieges war es nicht so viel.

Den (Zahlungs-) Rahmen sprengen

Die Finanzierung der Armee wird seit einiger Zeit in einem vierjährigen Zahlungsrahmen vom Parlament festgelegt, die einzelnen Anschaffungsposten in jährlichen Rüstungsgeschäften verabschiedet. Der letzte Zahlungsrahmen ging von 2021 bis 2024. Eigentlich hätten aufgrund der budgetierten Ausgaben für den neuen Kampffjet wenig andere Rüstungsinvestitionen stattfinden dürfen. Die Armeeführung liess sich seit 2020 jedoch rund 2.5 Mia. CHF mehr, als im aktuellen Zahlungsrahmen vorgesehen, bewilligen. Ob das nun fahrlässige Planung oder eine kalkulierte Strategie war – bei der Aufrüstung ist alles recht.

Im Sommer 2024 wurde dann das ganze Ausmass klar: Im nächsten Zahlungsrahmen von 2025-2028 sollen 11 Mia. CHF investiert und 13 Mia. CHF für den Betrieb aufgewendet werden. Das entspricht einer Erhöhung der Investitionen um einen Drittel. Sozialdemokratie und Mitte versuchten noch die Kosten der Aufrüstung zusammen mit den Kosten für die Ukrainehilfe in einem «Spezialfonds» unterzubringen. Die Rechten erhoben einmal mehr die Schuldenbremse zu einem Naturgesetz und machten damit klar, wer die Zeche für die Aufrüstung zu zahlen hat – das Proletariat und die Natur (siehe letzte Ausgabe dieser Zeitung).

Ausrichtung auf den «hybriden Krieg»

Mit einer sicherheitspolitischen Strategie sollte das Parlament stärker in die Diskussion eingebunden werden. Die Armee geht nach wie vor von inneren Feinden aus (siehe Artikel «Landesverteidigung mit Blick nach innen»), doch auch Landkrieg, Drohnen und die Abwehr von Cyberangriffen spielen eine stärkere Rolle – das entspricht dem Profil des Begriffs der «hybriden Kriegsführung». Das verdingt so gut, dass selbst Exponent_innen der Sozialdemokratie und der Grünen kundtaten, dass der Bedarf offensichtlich sei und eine Abrüstung nicht in Frage käme. Das zeigt wie unhinterfragt die Aufrüstungsargumentation sich durchsetzt. Es ist in Zeiten sich verschärfender imperialistischer Widersprüche für einen grossen Teil der Kräfte im Parlament keine Frage der konkreten Einschätzung oder Strategie mehr, sondern eine politisch-ideologische Frage, ob Rüstungsinvestitionen gutgeheissen werden. Die reformistischen Kräfte hingegen sind gespalten in einen pragmatischen Teil, der sich diesen scheinbaren «Sachzwängen» fügt und einen pazifistischen Teil, der sie ablehnt.

Von rechts hingegen wird oft kritisiert, dass die Armee für die Beschaffungen keine Strategie habe. Es fällt auf, dass die Forderungen vor allem aus Kreisen kommen, die Isolationismus predigen und auf klassische Landesverteidigung setzen.

Sie wünschen sich die «Festung Schweiz», in der die «beste Armee der Welt» autark zur Verteidigung des Vaterlands aufgestellt ist. Das ist zwar offiziell Teil der Verteidigungsstrategie der Armee, jedoch militärisch gesehen nicht realistisch. Die aktuelle Aufrüstungsinitiative stellt dafür auch nicht ansatzweise genug Ressourcen bereit. Politische Kräfte aus den Mitteparteien und der rechten Sozialdemokratie, sowie die Armeeführung selbst, befürworten hingegen aus einer pragmatischen Auslegung der Neutralität eine stärkere Integration in Richtung Nato und europäische Aufrüstungsinitiativen. Zuletzt tat sich dieser Widerspruch rund um den Beitritt der Schweiz zur «European Skyshield Initiative» auf. Die SVP skandalisierte diesen zu einem symbolischen Schritt in Richtung Nato und weg von der Neutralität, während technisch gesehen damit lediglich der Zugang zum Kauf von Luftabwehrsystemen geregelt wird. Zurzeit scheinen weder reaktionäre, noch europa- bzw. Nato-freundliche, noch antimilitaristische Kräfte Mehrheiten im Parlament zu haben. So scheint es wahrscheinlich, dass die Aufrüstungsstrategie sich stärker am hybriden Krieg orientiert und darum Ressourcen in konventionelle Kriegsführung gesteckt werden, diese jedoch nicht ausreichen, um dem Verteidigungsszenario der «Landesverteidigung» gerecht zu werden.

Die Wunschliste der Landesverteidiger

Die Armeeführung und das VBS rüsten also entlang der stärkeren Ausrichtung auf hybride Kriegsführung auf. Im immer wichtigeren digitalen Bereich wird ein neues militärisches Rechenzentrum gebaut, es wird eine neue geschützte Informatikplattform erstellt, Fähigkeiten zur Lagedarstellung verbessert und die Kapazitäten zur Cyberabwehr verstärkt. Es wird ein neues Radarsystem geben und die Armee erhält neue Trainingsflugzeuge und Transporthelikopter. Dazu kommt im Bereich der konventionellen Kriegsführung die Modernisierung der Leopard-Kampfpanzer, ein neues Artilleriesystem für Reichweiten über 100km, die Modernisierung von Radschützenpanzern und Investitionen in das vor wenigen Jahren beschaffte Mörsersystem. Auch die Kapazitäten zum Katastrophenschutz und dem Schutz vor ABC-Waffen werden modernisiert. Dazu kommen die bereits bestätigten Käufe von Kampffjets, Panzerabwehrwaffen und Patriot-Luftabwehrsystemen.

Das Ausmass der Ausgaben ist riesig und aufgrund der effektiven militärischen Stärke der Schweiz in den imperialistischen Konfrontationen vor allem symbolisch bzw. eher gegen «innere Feinde» gerichtet. Die Abwälzung mittels Sparpaket offenbart den Klassencharakter der Angriffe. Doch selbst die bürgerliche Öffentlichkeit äussert in letzter Zeit dezidierte Kritik an der Armeeführung, da diverse Rüstungsgeschäfte verzögert, verschleppt oder gar sistiert wurden.



Die Selfies funktionieren, bei den anderen digitalen Projekten harzt es

Da sind einerseits die sechs Aufklärungsdrohnen des israelischen Konzerns Elbit, die ein ganzes Jahrzehnt verspätet in Dienst gestellt werden. Doch auch die neuen Funkgeräte vom gleichen Hersteller kosten plötzlich mehrere hundert Millionen mehr. Das Radarsystem der Luftwaffe bringt es auf voraussichtlich fünf Jahre Verspätung. Insbesondere die digitalen Projekte der Armee sind praktisch durchs Band verzögert oder über dem Budget.

Industriepolitik dank einflussreicher Lobby

Die Förderung der Rüstungsindustrie existiert in der Schweiz schon lange. Das erstaunt insofern, als dass verschiedene Amtsinhaber_innen in der jüngeren Vergangenheit in Zusammenhang mit den Stahlwerken in Gerlafingen und Emmenbrücke immer wieder betonten, die Schweiz mache keine Industriepolitik. Nun, im Rüstungssektor hat die Schweiz eine starke Industriepolitik. Jüngst sollte etwa eine Schiesspulverfabrik gerettet und zusätzliche Investitionen in die Munitionsproduktion gesteckt werden. Bei jedem Waffenkauf werden so genannte Offset-Geschäfte gemacht. Also eine Art Gegengeschäft, bei dem ein Teil der Rüstungsprodukte in der Schweiz hergestellt werden und somit ein Technologietransfer entsteht. Aus der gleichen Logik sind schweizerische KMU-Unternehmen mit hoher Spezialisierung und innovativen Lückenprodukten eine Art technologisches «Pfand» in den Verhandlungen um grosse Rüstungsgeschäfte mit ausländischen Konzernen und Regierungen. Darum werden sie beispielsweise durch den Zugang an die ETH gefördert.

Auch die Schweizer Rüstungslobby unter der Führung des Verbandes Swissmem ist gut aufgestellt. Im Arbeitskreis Sicherheit und Wirtschaft sind etwa ein Fünftel der Mitglieder der sicherheitspolitischen Kommissionen des National- und Ständerats direkt mit allen relevanten Rüstungskonzernen in der Schweiz vernetzt. Deren letztes Husarenstück war ein parlamentarischer Kompromiss mit den Reformist_innen rund um das unlängst verschärfte Kriegsmaterialgesetz. Wird er angenommen, können Länder, in die die Schweiz Rüstungsgüter exportiert hatte, in Zukunft selbst entscheiden, ob das Zielland der Wiederausfuhr die gleichen «Werte» hat. Wenn sie das bejahen, werden sich Schweizer Munition, Radschützenpanzer oder Granaten wieder leichter in Kriegsgebieten finden lassen. Die dadurch verschärfte internationale Lage wird dann den Rüstungskonzernen wiederum Aufträge beschreiben. Das ist der perverse Kreislauf der Rüstungspolitik im Kapitalismus.

Fortsetzung von Seite 1

Widerstand beim Tishrin-Damm

Trotz des realen Machtfaktors, der die kurdische Bewegung ist, ist die aktuelle Situation sehr kritisch. Es geht um die grossen Fragen: Wie sieht ein neues Syrien aus und welchen Status wird die Selbstverwaltung darin haben? Die Verhandlungsposition von Rojava hängt direkt mit dem militärischen Kräfteverhältnis zusammen. Wie es ein Genosse vor Ort sagt: «Nur das, was man schon tatsächlich als reale Macht durchsetzen kann, kann am Verhandlungstisch erobert werden, kann man gegen den Gegner durchsetzen.» Wenn die revolutionären Kräfte es also schaffen, den Vormarsch der Türkei militärisch zu stoppen und die aktuellen Stellungen zu halten, dann wird die Selbstverwaltung auf die eine oder andere Weise einen Platz im neuen Syrien erhalten.

Die Verteidigung des Tishrin-Staudamms und der Karakozak-Brücke bedeutet in der gegenwärtigen Situation eben diese reale Machtverteidigung. Zum einen aufgrund ihrer geographischen Lage: Wenn Brücke und Staudamm verteidigt werden können, wird es keinen Vormarsch der türkischen Truppen östlich des Euphrat geben; zum anderen versorgt der Staudamm die gesamte Region mit Wasser und Strom. Dieser Bedeutung ist sich auch die Bevölkerung Rojawas bewusst und so strömen hunderte von Menschen zum Staudamm, um ihn als menschliche Schutzschilder zu verteidigen. Immer wieder werden diese Menschen aus der Luft durch die Türkei angegriffen, es gibt viele Verletzte und Tote – und dennoch bleiben die Menschen vor Ort. Die Menschen senden mit ihrem unerbittlichen Widerstand eine Botschaft in die Welt und eine Warnung an ihre Gegner: Was mit grossen Opfern in 12 Jahren des Kampfes errungen wurde, wird nicht so einfach preisgegeben. Die Bevölkerung steht hinter dem Kampf für Rojava, ja schliesst sich dem Kampf an. Dies ist Teil der Strategie des revolutionären Volkskriegs: Neben einer professionellen Guerilla auf dem Land und der professionellen Stadtguerillagruppen im urbanen Umfeld, setzt die Strategie des revolutionären Volkskrieges auch auf die halbprofessionellen Selbstverteidigungseinheiten der gesamten Bevölkerung. So haben beispielsweise die Lehrer_innen von Kobane Ende Dezember 2024 bekannt gegeben, dass sie ein bewaffnetes Bataillon gebildet haben.

Fähigkeit zu organisierter Selbstverteidigung

All dies ist Ausdruck von gelebter Gegenmacht und Selbstverteidigung. Ayten Dersim, eine Genossin der PAJK (PPKs Frauenpartei), beschreibt es 2023 so: «Die Organisation ist die Garantie für die Freiheit der Völker, und diese Garantie beruht auf der Fähigkeit zur Selbstverteidigung. Als die PKK ihre ersten Schritte machte, entwickelte sie diese Fähigkeit. Wir sind bis zum heutigen Tag gekommen, indem wir uns in allen Bereichen rund um die Selbstverteidigung organisiert haben. Damit wurde unsere fünfzigjährige Geschichte des Kampfes gewoben.»

Genau dieser Gedanke der Selbstverteidigung der Völker und der Frauen ist fest verankert in der Rojava Revolution. Neben militärischen Selbstverteidigungs-



«Guten Morgen!» Während die Bevölkerung rund um die Uhr auf

einheiten (YPJ) und der kommunalen und zivilen Verteidigungseinheiten der HPC – Jin (Hêzên Parastina Civakî – Jin) gehört auch die kollektive Organisation der gesamten Gesellschaft dazu. Die Basis dazu sind Rätestrukturen, die alle Bereiche des Lebens – sei das Bildung, Wirtschaft oder Justiz – strukturieren und so gewährleisten, dass die gesamte Gesellschaft und die verschiedenen Ethnien vertreten sind. Eine weitere wichtige Errungenschaft ist das Prinzip der Doppelführung, also dass jedes Amt von einem Mann und einer Frau besetzt werden muss.

Organisation der Frauen ...

Eine wichtige Rolle spielen auch die Frauenräte, die systematisch aufgebaut wurden und die über die Grenzen der selbstverwalteten Region in Nord-Ost-Syrien hinausgehen. So wurde der Syrian Women's Council im September 2017 gegründet, als eine Art Dachorganisation, bei der viele zivile Organisationen, Vertreterinnen von politischen Parteien und unabhängige Personen teilnehmen. Dieser Rat ist in ganz Syrien tätig und er vereint Frauen unterschiedlicher ethnischer, religiöser und

kultureller Herkunft. Während der Frauenrat unter dem Assad-Regime im Untergrund arbeiten musste, tritt er in der aktuellen Situation öffentlich auf und mischt sich sehr aktiv in die Diskussion um ein neues und freies Syrien ein. Es wurden bereits Büros in Damaskus, Aleppo und as-Suwaïda eröffnet. Der Frauenrat hat auch ein erstes Statement mit 13 zentralen Zielen und Forderungen für die Neugestaltung Syriens vorgelegt. Darin schreiben sie: «Wir haben gegen das Baath-Regime gekämpft, ebenso wie gegen den «IS» und gegen alle Formen der Unterdrückung und Versklavung. Wir haben einen hohen Preis bezahlt, aber wir haben die Hoffnung auf ein Leben in einem freien und demokratischen Syrien nicht verloren. Als Frauen aus allen ethnischen, religiösen und kulturellen Hintergründen in Syrien haben wir den Syrischen Frauenrat mit der Entschlossenheit gegründet, eine freie Zukunft für alle Syrer_innen aufzubauen. Heute sind wir mehr denn je fest entschlossen, eine effektive Führungsrolle in diesem Prozess zu übernehmen.»

In zwei Punkten wird explizit die Sicherstellung der gleichberechtigten und freien Beteiligung von Frauen an allen Entscheidungsmechanismen und in den Bereichen Politik, Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft gefordert, sowie eine rechtliche Anerkennung des Rechts von Frauen auf Selbstverteidigung.

Zenobiya Women's Union, die 2021 gegründete Dachorganisation arabischer Frauen in Nord- und Ostsyrien, ist ebenfalls eine wichtige Kraft für den Prozess im gesamten Syrien. Der Rat war bisher v.a. in den Regionen Raqqa, Tabqa, Minbic und Deir ez-Zor aktiv, nun sind auch im restlichen Syrien Zenobiya-Räte entstanden. Insbesondere in Regionen, in denen der sogenannte IS herrschte, sind diese Räte ein wichtiges Instrument der Frauen zur Selbstermächtigung.

... ist immer auch Selbstverteidigung der Frauen

Ayten Dersim von der PAJK bringt es auf den Punkt: «Wir haben das Bewusstsein entwickelt, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Frauen und ihrer Organisation sein wird. (...) Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Frauenbewegungen ihre Selbstverteidigung stärken. Selbstverteidigung ist eine Strategie, die auf tausend Arten organisiert werden kann. Sie ist die grundlegendste Strategie, sich überall gegen männliche Herrschaft zu wehren und sich zu schützen. Unsere diesbezüglichen Erfahrungen sind ein Gewinn für alle Frauen.»

Genau dies, dass die organisierten Frauen überall eine wachsame und starke gesellschaftliche Kraft darstellen, die bereit sind die Errungenschaften zu verteidigen, lässt sich nun nach dem Sturz Assads beobachten. Beispielsweise äusserte sich der Frauenrat sofort, als in Aleppo etwa 300 religiöse Gewänder (Khimar) an Frauen verteilt wurden, um die Aktion zu verurteilen. Noch deutlicher sagt es Rûken Ehmed, Mitglied von Kongra Star: «Gegen Frauen werden jeden Tag unmenschliche Verbrechen begangen. In Syrien zeichnet sich ein islamistisches Regime ab. Es wird von der Etablierung einer Sittenpolizei gesprochen und es gab diverse Vorfälle, bei denen Frauen eine Verschleierung aufgedrängt wurde.»

Die Frauen kämpfen an vorderster Front, denn sie wissen, dass Kräfte wie die HTS insbesondere die Unterdrückung der Frauen wieder verstärken wollen.



...leisten die YPJ-Kämpferinnen aus den Tunnels rund um den Damm unermüdlichen Widerstand.

Dazu gibt es Erfahrungen aus Idlib, wo die HTS seit 2017 an der Macht ist. Gemäss Kongra-Star wurden dort der Bevölkerung und insbesondere den Frauen durch die HTS strenge religiöse Praktiken aufgezwungen und ein Sozial- und Rechtssystem etabliert, welches auf ihrer Auslegung des islamischen Rechts basiert.

Nach der Machtübernahme wurde in Grossstädten wie Damaskus, Homs und Aleppo bereits begonnen, die gleichen Methoden wie in Idlib anzuwenden: Frauen wurden von Mitgliedern des HTS in der Öffentlichkeit angesprochen, wegen ihrer Kleidung und ihres Aussehens kritisiert und das Tragen von Kopftüchern verlangt.

Das Model der Selbstverwaltung ausweiten

Im Moment geht es neben der militärischen Verteidigung Rojawas also auch darum, die politischen Kräfte, die für ein vereintes, föderales, säkulares und demokratisches Syrien eintreten, zu mobilisieren. Um nochmals den Genossen vor Ort zu zitieren: «Die Bedingungen dafür sind gar nicht so schlecht, nicht weil HTS besonders demokratisch gesinnte Menschen wären, sondern weil die realen Kräfteverhältnisse vor Ort so sind, dass auch HTS nicht einfach schalten und walten können wie sie wollen. Im Süden gibt es beispielsweise den «Southern Operations Room», der auch auf die Hauptstadt vormarschiert ist. Das sind mehrheitlich Kräfte der drusischen Minderheit, die der Selbstverwaltung gegenüber bisher freundlich gestimmt waren (...). Auch die Alewit_innen im Westen des Landes und auch die christliche Bevölkerung werden es nicht einfach so akzeptieren unter die Herrschaft der sunnitischen Islamisten zu geraten. Und deswegen gibt es da ein Kräfteverhältnis, das auch Al-Jolani mit einberechnen muss.»

Die revolutionären Kräfte sind bereit, sich in den Prozess für eine gesamtsyrische Lösung zu begeben. Die Waffen – und das haben alle, aber insbesondere die Frauen-Einheiten der YPJ klar gemacht – werden sie nicht abgeben. Denn nur bewaffnet bleiben sie fähig zur organisierten Selbstverteidigung und bilden so weiterhin eine wichtige Perspektive für die revolutionären feministischen Kräfte weltweit.

Willst du mehr? Auf unserer Homepage findest du ein aktuelles Interview zu der Rolle der Frauen-Selbstverteidigung und den Frauenräten.

KOMMENTAR

An vorderster Front ...

Die aktuelle Weltlage sieht alles andere als rosig aus: imperialistische Kriege, globale Aufrüstung und Militarisierung, reaktionäre Entwicklungen, Klimakrise, Verschärfung der Arbeits- und Lebensbedingungen der proletarischen Klasse. Die Liste ist endlos und scheinbar eine never ending story. Diese Krisen werden von Rechten Kräften weltweit erfolgreich instrumentalisiert: systematisch werden Migrant_innen, sozial Schwächere, Frauen und LGBTQ+Personen als Sündenböcke missbraucht, um eine Mehrheit der Wählerschaft für chauvinistische, sexistische und faschistische Regierungen zu gewinnen.

Diese Rechtsentwicklung ist auch in der Schweiz spürbar. Bis weit in bürgerliche Parteien hinein werden Diskurse aufgenommen, die ursprünglich von rechtsradikalen Parteien dominiert wurden. Die Repression und die mediale Hetze gegen Antifaschist_innen oder die Palästina-Bewegung sind ein weiterer Ausdruck dieses Phänomens, oder der ganzseitige Nachruf zu Jean-Marie Le Pen in der NZZ – vor 10 Jahren noch undenkbar. Er kämpfte Errungenschaften werden angegriffen, wie bspw. fortschrittliche Gesetze in Geschlechterfragen. Gelder für Frauenhäuser werden gestrichen, obwohl die häusliche Gewalt, Femizide und Sexualstraftaten merklich zugenommen haben. Gemäss Amnesty International ist es in den letzten fünf Jahren ebenfalls zu einer Zunahme von Vorurteilen, Intoleranz und Gewalt gegen LGBTQ+Personen gekommen, dies zeigen Zahlen für die Schweiz und Deutschland.

Mit dem Rechtsruck einher geht die stetige Aufrüstung – 4 Milliarden CHF wurden der Armee zugesprochen. Aufrüstung heisst immer auch Klassenkampf von oben gegen unten, denn gleichzeitig muss andernorts gespart werden, will man die Reichen nicht zur Kasse bitten. Drei grosse Posten der Sparpolitik betreffen fast ausschliesslich die Bereiche Soziales, Klimaschutz, Bildung und öffentlicher Verkehr. Einer der grössten Sparposten betrifft die Bundesfinanzierung für die Kitas, die erst vor wenigen Jahren durchgeboxt wurde. Besonders schmerzhaft sind auch die 300000.- Franken, die beim Opferschutz gestrichen wurden.

Tatsächlich befinden wir uns als linke und revolutionäre Kräfte in einer schwierigen historischen Phase. Jammern allein nützt da nicht viel. Stattdessen halten wir daran fest, dass es gesellschaftliche Alternativen gibt. Wir sind zwar in der Defensive, doch nicht ohnmächtig. Es liegt in unserer Entscheidung, ob wir uns den Verhältnissen ergeben, oder uns Konzepte der Selbstverteidigung, Solidarität und Organisation aneignen. Ob wir in Konkurrenz und Vereinzelung verbleiben oder unser Leben kollektiv und solidarisch gestalten und den Klassenfeinden unsere organisierte Kraft entgegen werfen – und so kontinuierlich unsere Seite, die revolutionären Kräfte und Gegenmacht aufbauen. Für diese Konzepte der Selbstverteidigung und Organisation stehen Frauen weltweit an vorderster Front – in Rojava, Iran, Lateinamerika, den Philippinen, in Palästina, in Sudan, Indien, und und und. Tun wir es ihnen gleich – Schulter an Schulter, weltweit, auf der Strasse am Internationalen Frauenkampftag!

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfiler über den Äther (96.3.) bzw übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfiler.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

INTERNATIONALE DEBATTE

INTERNATIONALE DEBATTE #12

Revolutionärer Volkskrieg: eine Strategie zum Sieg der Guerilla

PDF unter: widnet.org/internationale-debatte-12/

«Noch keine herrschende Klasse, hat in der Geschichte ihren Platz freiwillig geräumt. Vielmehr haben sie sich immer auch bis zuletzt verzweifelt an ihre Macht geklammert und auch vom letzten Mittel ihres Machterhaltes, der rohen Gewalt und dem offenen Terror gegen das Volk, ohne jeden Skrupel Gebrauch gemacht.»

Der Kampf gegen Kolonialismus und die Entwicklung der Guerilla in Kurdistan – Die Situation des Guerillakampfes im neuen Jahrtausend – Die Auswirkungen der Technik auf moderne Kriege – Bemühungen um Veränderung und Neustrukturierung der Freiheits-

INTERNATIONALE DEBATTE

Kurdistan



Revolutionärer Volkskrieg: eine Strategie zum Sieg der Guerilla

guerilla Kurdistans – Die Strategie des Revolutionären Volkskriegs als Befreiungsstrategie der Unterdrückten – Der Revolutionäre Volkskrieg erfordert einen professionellen Ansatz – Das Problem der Verteidigung der befreiten Gebiete und der vierte Pfeiler der Revolution: der unterirdische Krieg – Die schärfste Waffe der Unterdrückten: Die Guerilla ist fähig, den Sieg zu erringen.

Erdal Pîr – Ein Kommandant der Volksverteidigungskräfte

Mehr Infos unter widnet.org und t.me/rojavaagenda

Erhältlich in Zürich im Vertrieb des Revolutionären Aufbaus, Kanonengasse 35 (im Hinterhaus, Eisentreppe). Offen jeden Samstag, 12:00-17:00. In Basel auf Anfrage per Mail basel@aufbau.org

LIBANON

«Frauen waren schon immer Teil unserer Organisation und das auf allen Ebenen»

Die Kampagne «Revolutionäre Solidarität mit dem Widerstand gegen Imperialismus und Zionismus!» wurde in Solidarität mit der «Popular Democratic Party» (Volksdemokratische Partei PDP) im Libanon ins Leben gerufen. Es folgt der zweite Teil eines Interviews, das mit dem Generalsekretär Hashisho im September 2023 in Beirut geführt wurde.

(agkk) Während unseres Aufenthalts in Saida haben wir eure Volksküche und eure Volksklinik besucht. Welche politische Strategie steckt dahinter?

Wie bei allen Organen unserer Partei ist es auch hier das Ziel, den unterdrückten und ausgebeuteten Klassen zu dienen. Dabei machen wir keinen Unterschied zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Ob Libanes_innen oder Palästinenser_innen, das macht für uns keinen Unterschied - und das gilt für unsere gesamte politische und soziale Arbeit. Auch viele syrische Geflüchtete befinden sich ganz unten in unserer Gesellschaft.

Wir sind aber keine humanitäre Organisation oder NGO. Wir sind eine revolutionäre Partei, die ein Programm für Veränderung und Befreiung verfolgt. Alles, was wir tun, ist damit verbunden. Menschen, die ums Überleben kämpfen, denen es an Grundlegendem, wie Nahrung oder Medikamenten, fehlt, haben oft auch nicht die Möglichkeiten sich zu organisieren. Deshalb sind unsere soziale und unsere politische Arbeit immer miteinander verbunden.

Kannst du uns erklären, wie die Volksküche und die Volksklinik organisiert sind?

Das Ziel der Klinik ist es, ein Mindestmass an medizinischer Versorgung für Menschen zu ermöglichen, die sich diese anderswo nicht leisten können. Das Gleiche gilt für die Volksküche. Sie wurde auf dem Höhepunkt der libanesischen Wirtschaftskrise ins Leben gerufen, die auch mit der Covid-Krise und der totalen Ausgangssperre zusammenfiel. Damals konnten sich viele Menschen aus den unteren Klassen nicht einmal eine einzige tägliche Mahlzeit leisten. Die Volksküche war eine Reaktion auf diese prekäre Situation und war ursprünglich nur für eine befristete Zeitspanne von drei Monaten gedacht. Inzwischen betreiben wir sie aber schon seit über dreieinhalb Jahren. Sie wird ausschliesslich auf der Basis von Spenden betrieben; keine Vereinigung oder NGO war jemals an diesem Projekt beteiligt. Die Spenden kamen auch von Menschen,

von denen wir nie gedacht hätten, dass sie uns unterstützen würden: Menschen aus der Mittel- und Oberschicht oder aus religiösen Gemeinschaften, die vorher keine Beziehungen zu unserer Partei hatten.

Es gelang uns, die Würde der Besucher_innen der Kantine zu schützen. Das trug dazu bei, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Aber unser Ziel ist es nicht nur, Menschen in Notsituationen zu unterstützen. Wir versuchen, mit den Besucher_innen politisch zusammenzuarbeiten. Deshalb organisieren wir Aktivitäten mit ihnen, wie z.B. Diskussionsrunden, in denen wir über ihre Lebenserfahrungen und das System, das diese hervorbringt, sprechen und nachdenken. Wir versuchen, unsere marxistischen Analysen auf eine verständliche Art und Weise zu vermitteln. Mit der Zeit entwickelte sich die Beziehung zu den Besucher_innen und einige von ihnen begannen, eine aktive Rolle in der Organisation der Dienste einzunehmen. Wir beziehen sie auch bei politischen Anlässen, wie z.B. Protesten, mit ein. Diese Menschen gehören gesellschaftlichen Klassen an, die von der Teilnahme am politischen Leben zurückgedrängt wurden. Unser Hauptziel ist es also, sie dabei zu unterstützen, eine politische Rolle einzunehmen.

Verfolgt ihr noch weitere solche Projekte der Massenarbeit?

In der Vergangenheit waren unsere Kulturvereine sehr beliebt und spielten eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Analphabetismus. Viele unserer Mitglieder wurden dort geschult. Unter veränderten objektiven und subjektiven Bedingungen versuchen wir, diese Institutionen wieder vollständig aufzubauen. In letzter Zeit hat auch unser Futsal-Club einige sportliche und organisatorische Erfolge erzielt und rund fünfzig junge Menschen - Palästinenser_innen und Libanes_innen aus den unteren Klassen - zusammengebracht.

Frauen spielen in den revolutionären Bewegungen auf der ganzen Welt eine immer zentralere Rolle. Welchen Ansatz verfolgt eure Organisation in Bezug auf den Kampf der Frauen hier im Libanon?

An dieser Stelle müssen wir zuerst über NGOs sprechen. Die meisten im Libanon tätigen NGOs sind Agenten westlicher Mächte. Sie sind mit westlichen Regierungen verbunden und dienen als Deckmantel für deren Geheimdienstoperationen oder als Mittel zur Kanalisierung sozi-

aler Spannungen. Sie setzen sich für individuelle Lösungen ein - nicht für gesellschaftliche Lösungen. Sie reden von «Demokratie», «Frieden», «Pazifismus» und all diesen Schlagwörtern. Sie verneinen die Bedeutung gesellschaftlicher Kämpfe und versuchen, die Massen von laufenden Kämpfen zu distanzieren. Diese Einflussnahme westlicher NGOs lehnen wir ab. Wir stehen im Widerspruch zu den westlichen Mächten, wir sind für die Entfaltung sozialer Kämpfe und unterstützen alle Formen des Widerstandes, einschliesslich des bewaffneten Widerstandes.

Die meisten NGOs trennen die Frauenfrage vom gesellschaftlichen Rahmen. Wir hingegen glauben, dass wir innerhalb der Gesellschaft für Veränderung kämpfen müssen, dass Frauen innerhalb ihrer Gemeinschaften für ihre Emanzipation kämpfen müssen. Ausserdem teilen wir den westlichen bürgerlichen Feminismus der NGOs nicht. Sie feiern die Beteiligung einzelner Frauen in Regierungspositionen, die aber allesamt Familienmitglieder wichtiger Persönlichkeiten der herrschenden Klasse sind. Sie trennen die Frage der Gleichberechtigung von Frauen und Männern von der Frage der allgemeinen Gleichheit aller Menschen in der Gesellschaft. So kreieren sie einen falschen Hauptwiderspruch zwischen Frau und Mann, nicht zwischen der Frau und der kapitalistischen Gesellschaft. So isolieren sie die Frau vom allgemeinen Kampf um soziale Befreiung. Wir hingegen haben eine Klassenposition. Natürlich stehen wir voll und ganz für die Rechte und die Gleichstellung der Frau ein. Wir glauben aber, dass wir dieses Ziel niemals ohne die Befreiung der Gesellschaft vom Kapitalismus und der sozialen Befreiung aller erreichen werden. Im Gegensatz zu den NGOs wollen wir, dass die Frauen in alle laufenden Kämpfe in der Gesellschaft einbezogen werden. Wir wollen, dass die Frauen am politischen Leben teilhaben. Frauen waren schon immer Teil unserer Organisation und das auf allen Ebenen, ob politisch, militärisch oder anderweitig. Unsere Genossinnen dienen in den Militäreinheiten unserer Partei und schützen unter anderem unsere Militärbasen. Viele Genossinnen haben wichtige und ehrenvolle Dienste als Feldsanitäterinnen geleistet. Unsere weiblichen Kader arbeiten in unserem Zentralkomitee, im Politbüro und in allen anderen Strukturen unserer Organisation. Drei von vier Massenorganisationen unserer Partei werden von weiblichen Kadern geleitet. Die Vertretung des Generalsekretärs unserer Partei ist eine Genossin. Als Partei machen wir niemals einen Unterschied zwischen der Rolle der Frauen und Männer im Kampf.

Fortsetzung folgt



Volksküche der «Popular Democratic Party» PDP in Saida

Im Bild

Am 16. Januar, genau 3 Jahre nachdem Natalia Lane – Sexarbeiterin und trans Aktivistin – von einem Mann mit einem Messer angegriffen wurde, schliessen sich Sexarbeiter_innen zusammen und stürmen zwei Justizgebäude in Mexico City. Mit Hämmern und Steinen tragen sie ihre Wut, Trauer und vor allem ihren Widerstand in die Öffentlichkeit. Dazu sagen sie: "Nos cansamos de ser pacientes, de esperar justicia y reparación. El Poder Judicial, a partir de hoy, no va a tener paz." ("Wir sind es leid, geduldig zu sein und auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu warten. Die Justiz wird ab heute keine Ruhe mehr haben.") Der Angriff auf Natalia Lane ist der erste Fall in Mexico City, der als versuchter Transfemizid untersucht wird. Eine Verurteilung des längst bekannten Täters lässt aber auf sich warten. An diesem Beispiel sehen wir einmal mehr, dass auf die Justiz kein Verlass ist. Genau darum ist es wichtig, dass wir genau wie die Sexarbeiter*innen und trans Aktivist_innen unsere Selbstverteidigung in die eigenen Hände nehmen!



FRAUENKAMPF

Schulter an Schulter – LGBTIQ+- und Frauenkampf

Gewalt gegen LGBTIQ+Personen hat in den letzten Jahren im Zuge der weltweiten reaktionären Entwicklungen dramatisch zugenommen: Eine Gewalt, die im Kapitalismus System hat.

(agfk) Gewalt und Angriffe gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie weitere queere Personen sind Ausdruck eines tiefliegenden Problems: Sie sind nicht nur das Resultat individueller Vorurteile, sondern entstehen aus gesellschaftlichen Strukturen, die Diskriminierung und Spaltung fördern, um bestehende Machtverhältnisse zu sichern. Diese Verhältnisse nennen wir Kapitalismus, der durchdrungen ist von patriarchalen Strukturen.

Feindbilder als Blitzableiter

In der kapitalistischen Gesellschaft sind Macht und Kontrolle eng mit der Schaffung von Feindbildern verknüpft. Lesben, Schwule und Transpersonen werden oft als Projektionsfläche für Ängste und Unsicherheiten genutzt, um gesellschaftliche Spannungen zu kanalisieren und Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse zu verhindern. Die Spaltung der proletarischen Klasse in verschiedene Gruppen und Schichten, in Nationalitäten, Religionen, Ethnien, und eben auch heteronormative und ausserhalb der «Norm» stehende Menschen, ist ein effizientes Werkzeug in der Hand der Herrschenden.

Wie entsteht queerfeindliche Gewalt?

Queerfeindlichkeit wird durch die Hegemonie der bürgerlichen Ideologie mittels Erziehung, kultureller Normen und institutioneller Diskriminierung reproduziert. Konservative und reaktionäre Akteur_innen nutzen traditionelle Rollenbilder und die bürgerliche Kleinfamilie, um queere Menschen als «Abweichung» oder «Bedrohung» darzustellen. Diese Darstellungen führen nicht nur zu individuellen Vorurteilen, sondern schaffen auch ein gesellschaftliches Klima, das Hass und Gewalt legitimiert und normalisiert.

Die heterosexistische Gewalt verzeichnet einen neuen Höhepunkt. In Teilen der Schweizer Gesellschaft halten sich Vorurteile und Intoleranz, die besonders trans- und intergeschlechtliche Menschen betreffen. Sie berichten – häufiger als im EU-Durchschnitt – von einem hohen Ausmass an Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen. Dies zeigt eine neue repräsentative Befragung in der Be-

völkerung und eine Prävalenzstudie unter Betroffenen. Etwa jede dritte Person der Befragten hat in den letzten fünf Jahren körperliche oder sexuelle Übergriffe erlebt. Die meisten Vorfälle werden jedoch nie gemeldet, die Dunkelziffer ist hoch. In Deutschland stiegen die Angriffsmeldungen gegen LGBTIQ+Personen von 1188 Fällen im Jahr 2022, auf 1785 Fälle im Jahr 2023. Für Schlagzeilen sorgten beispielsweise die rechtsextremen Angriffe gegen Umzüge des Christopher Street Days im Oktober 2024. Die Zahlen nehmen seit 2015 zu. Dies hat zum Teil mit einer grösseren queeren Sichtbarkeit zu tun, hauptsächlich jedoch hängt dies mit dem Rechtsruck in vielen Ländern zusammen.

Ein zentraler Träger der Zunahme queerfeindlicher Gewalt ist auch die wirtschaftliche Unsicherheit, die der Kapitalismus erzeugt. In Zeiten von Krisen wird die Spaltung der Gesellschaft vertieft. Während soziale Isolation und Diskriminierung queerer Menschen verstärkt werden, bleiben die grundsätzlichen Widersprüche innerhalb der Gesellschaft ungelöst: Die Bourgeoisie plündert weiterhin den Planeten und all seine Lebewesen und führt Verteilungskriege, um die Profitmaximierung zu gewährleisten. Gerade verschärfte der Sexist, der in den USA zum Präsidenten gewählt wurde, die Migrationspolitik, lockerte die Vorschriften für die Erdölindustrie, trat aus dem Klimaabkommen aus und verkündete, es gäbe nur zwei Geschlechter. Nebenher zeigte sein «First Buddy» öffentlich den Nazi-Gruss und derjenige, der alles andere als ein Zuckerberg ist, erklärte, es sei künftig erlaubt, Homosexuelle auf Meta-Plattformen als psychisch krank zu bezeichnen. Soziale Netzwerke profitieren von der Verbreitung kontroverser Inhalte. Algorithmen verstärken diese Tendenzen, indem sie polarisierende Beiträge priorisieren. Dies ist alles kein Zufall, sondern Ausdruck kapitalistischer Logik, die Profit über gesellschaftliche Verantwortung stellt.

Stärkung patriarchaler Strukturen

Trotz gewisser Fortschritte in den Geschlechterverhältnissen werden noch immer traditionelle Geschlechterrollen und Heterosexismus von rechten Kräften propagiert. Sie stützen die kapitalistische Ordnung, indem sie die Kontrolle über Arbeits- und Reproduktionsprozesse sichern. Hier ist insbesondere die bürgerliche Kleinfamilie die zentrale Struktur, um die Ware Arbeitskraft so billig wie möglich wiederherzustellen. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verlangt die Auftei-

lung der Menschen in zwei soziale Geschlechter. In der patriarchalen Familie kann der ausgebeutete proletarische Mann noch König sein. Proletarische LGBTIQ+Personen werden gesellschaftlich weitreichend ausgegrenzt. Sie sind folglich überproportional von Armut, Arbeits- und Obdachlosigkeit betroffen. Die Suizidgefährdung ist bei queeren Jugendlichen fünfmal höher als bei Cisgender-Jugendlichen, was v.a. der Homo- und Transphobie zuzuschreiben ist. Queere Menschen in prekären Lebenslagen dienen dem Kapital sodann als billige, ausbeutbare Arbeitskräfte. Gleichzeitig vermarkten Unternehmen queere Identitäten, indem sie queere Menschen oberflächlich explizit inkludieren und sich als fortschrittlich preisen, andererseits stützen sie diskriminierende und ausschliessende Strukturen. Beim kleinsten Wind nach rechts, werfen sie ihre Fortschrittlichkeit und Inklusion über Bord. Diese Mechanismen zeigen, dass queerfeindliche Gewalt kein individuelles Problem ist, sondern eine gezielte Strategie, um Differenzen in der Klasse zu verschärfen. Ein Klima der Angst und Isolation hat gesamtgesellschaftliche Auswirkungen. Wenn Menschen gegeneinander ausgespielt werden und in ständiger Unsicherheit und Vereinzelung leben, wird es schwieriger, solidarisch zu handeln und sich gemeinsam für fortschrittliche Veränderungen einzusetzen.

Solidarität und Klassenkampf

Der Kampf gegen die Gewalt an LGBTIQ+Personen ist untrennbar mit dem Frauenkampf gegen patriarchale Strukturen und Kapitalismus verbunden. Eine sozialistische Gesellschaft, die auf Solidarität statt auf Konkurrenz basiert, ist die Grundlage einer Welt, in der alle Menschen frei und sicher leben können. Eine Welt, in der alle diskriminierungsfreien Zugang zu einer guten und LGBTIQ+ freundlichen Gesundheitsversorgung, zu würdigem Wohnraum und zu existenzieller Sicherheit haben. Der Kampf für die Befreiung von queeren Personen ist ein Kampf für uns alle. Die Verbindung der Kämpfe der LGBTIQ+ und Frauenbewegungen mit den konkreten Kämpfen der Arbeiter_innenklasse, ermöglichen uns, Gewalt und Ausgrenzungen zu stoppen. Wir haben die Möglichkeit, unsere Selbstverteidigung zu organisieren und unsere eigene Stärke aufzubauen. So wie zb. Sexarbeiter_innen in Mexiko im Januar, die einen Mord auf eine Transfrau mit einer militanten Aktion beantworteten (siehe oben) und allen LGBTIQ+-Feinden zeigten, dass wir Angriffe nicht unbeantwortet lassen.

GRÜNER WASSERSTOFF

Für die Menschen oder für das Kapital?

Grüner Wasserstoff könnte in der Zukunft wegweisend für die Menschheit sein. Doch stellt sich einmal mehr die Frage, ob eine neue Technologie den Menschen oder dem Kapital dient.

(gpw) In der Schweiz soll Netto-Null bis spätestens 2040 und 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 erreicht werden. Andere europäische Länder, allen voran die europäische Industrielokomotive Deutschland, haben sich ähnliche Ziele gesetzt. Dabei ist insbesondere auch die breite Anwendung von neuen Technologien notwendig. Als Heilsbringer für die Klimawende wird unter anderem der sogenannte grüne Wasserstoff zelebriert.

Wasserstoff als Energie

Doch wie funktioniert die Produktion des grünen Energielieferanten? Wasserstoff ist ein farbloser, geruchsloser und geschmackloser Energieträger (chemisches Element H₂). Er kommt in den meisten organischen Verbindungen in der Natur vor und ist dadurch in sehr grossem Umfang überall auf der Welt vorhanden. Da er nicht in reiner Form auftritt, muss er herausgelöst werden, z.B. aus Wasser (H₂O). Um Wasserstoff zu erzeugen, muss Energie aufgewendet werden, doch können damit Gebäude geheizt, Benzin und Kerosin sowie in der Industrie Erdgas und Kohle ersetzt werden. Das klingt sehr vielversprechend!

Je nachdem, welche Art Energie man für die Gewinnung einsetzt, wird der Wasserstoff mit unterschiedlichen Farben gekennzeichnet. Der sogenannte graue Wasserstoff, der heute überwiegend aus Erdgas produziert wird und der dadurch viel CO₂ in die Atmosphäre ausstösst, ist bestimmt nicht zukunftsweisend. Auch nicht im Kapitalismus. Blauer Wasserstoff wird zwar ebenfalls mittels Erdgas hergestellt, wobei das CO₂ aufgefangen und dauerhaft unterirdisch gespeichert wird. Bei diesem Prozess – wobei die Speicherung im Boden selbst ein kompliziertes und kostenintensives Verfahren ist und nicht überall möglich ist – entweichen grosse Mengen an Methan, was ein starkes Treibhausgas darstellt. Die beste, d.h. sauberste Variante ist grüner Wasserstoff, der auch in einer zukünftigen Gesellschaft eine Rolle spielen dürfte.

Grüner Wasserstoff wird mittels Elektrolyse aus Wasser hergestellt. Der dafür benötigte Strom stammt aus erneuerbaren Energien. Grundsätzlich könnte überschüssige Solar- oder Windenergie in Form von Wasserstoff gespeichert und sogar transportiert werden. Das Problem ist ja, dass elektrische Energie dann erzeugt werden muss, wenn er benötigt wird und effiziente Speichermethoden noch fehlen. Des Weiteren gibt es türkisen Wasserstoff, der aus Methan gewonnen wird. Diese Technologie ist aber noch kaum entwickelt; Roter Wasserstoff wird mittels Kernenergie hergestellt, was bedeutet, dass die Atomkraftwerke länger am Netz bleiben müssen; Weisses Wasserstoff schliesslich ist

natürlicher Wasserstoff, grundsätzlich sauber, aber nur in wenigen Gegenden der Welt vorkommend.

Aber...

Doch so einfach ist es leider nicht. Die Produktion von grünem Wasserstoff ist, zumindest Stand heute, noch ein äusserst ineffizienter Prozess. Wird der grüne Wasserstoff letztlich zur Wärme- oder Stromerzeugung verbraucht, geht mehr als die Hälfte der aufgewendeten Energie verloren. Weiter ist die Wasserstoffproduktion also erst dann vorteilhaft fürs Klima, wenn die Energieversorgung bereits weitgehend auf erneuerbaren Energien beruht. Ist dies nicht der Fall, ist die Herstellung für das Klima nachteilig. So müssten Atomkraftwerke in der Schweiz oder in Deutschland auch Kohlekraftwerke weiterbetrieben werden, da Solar- oder Windparks für die Produktion von Wasserstoff benötigt werden, statt für die Stromerzeugung. Wenn ein Land seinen Wasserstoff nicht selbst grün herstellen kann oder will, so kann er diesen importieren. Insbesondere Deutschland forciert zurzeit den Aufbau einer weltumspannenden, wettbewerblichen Wasserstoffwirtschaft. Der Wasserstoff muss dazu auf Schiffen um die halbe Welt transportiert werden. Und da gibt es noch ungelöste Probleme. Es gibt weltweit nur ein einziges Schiff, das reinen Wasserstoff transportieren kann. Der Transport braucht viel Energie, da dieser tiefgeköhlt und verflüssigt werden muss. Zudem ergaben mehrere Studien, dass am Ende nur noch ca. 50-60 Prozent des geladenen Wasserstoffs in Europa ankommt. Dies bedeutet, dass lateinamerikanische, asiatische oder afrikanische Produzenten bedeutend weniger für ihren Wasserstoff verlangen könnten, als Länder, die per Pipeline liefern.

Grüner Kolonialismus

Diese Entwicklungen könnten zu einer weiteren Form von kolonialen Dynamiken führen. Im globalen Süden ist die Ausbeute von Sonnen- und Windenergie bedeutend höher. Es könnte sich also auszahlen, in besonders vorteilhaften Regionen gewaltige Solar- und Windanlagen zu bauen, mit deren Strom grüner Wasserstoff hergestellt wird.

Was mit der lokalen Bevölkerung wird, interessiert wohl kaum jemand. Sie wird vertrieben, umgesiedelt oder deren Lebensgrundlage zerstört. Wieso sollte es anders sein als beim Bau von Palmöl-, Sojaplantagen oder Bergwerkminen? Gerade in der Schweiz kennen wir die mannigfachen Begründungen gegen den Bau von grossen Solaranlagen. Der sogenannte Solarexpress will nicht so richtig in die Gänge kommen. Bäuerliche (und indigene) Bevölkerungsanteile in den Ländern des Südens haben, anders als in der Schweiz, kaum eine Lobby.

Doch bleiben wir erst noch bei der schönen Geschichte: Der grün erzeugte Wasserstoff wird anschliessend nach

Europa geliefert und ist aufgrund seiner tiefen Produktionskosten mit in Europa hergestelltem Wasserstoff konkurrenzfähig. Der globale Süden hat ein neues, begehrtes Exportgut und Länder mit grossen Industriekapazitäten einen klimafreundlichen Energieträger und eine zunehmend dekarbonisierte Wirtschaft. In den Herstellungsländern des Wasserstoffs könnte die grüne Energie auch selbst genutzt werden, es würden Arbeitsplätze geschaffen, die Umweltverschmutzung würde allgemein reduziert und wirkt so dem Klimawandel entgegen. David Ricardo grüsst und lächelt!



Schwierigkeiten: Grüner Wasserstoff kann nur unter hohen Verlusten per Schiff transportiert werden.

Doch wieder geht es mit einem Aber weiter: Die Entwicklungschancen eines Landes unter kapitalistischen Vorzeichen werden durch Wasserstoff nur dann für eine nationale Bourgeoisie positiv, wenn eine stabile und bezahlbare Stromversorgung vorliegt. Sonst wird etwas produziert, wovon die Menschen vor Ort, ausser einiger Brosamen, keinen Nutzen ziehen. Es gibt Beispiele aus Kolumbien und Chile, wo Menschen neben riesigen Energieanlagen leben, aber selbst keine gesicherte Stromversorgung haben. Absurd! Ähnliche Erfahrungen haben Menschen überall auf der Welt mit Wasserkraftwerken gemacht, deren Strom in den Bergbau oder andere exportorientierte Branchen geleitet wurde, während die Anwohner_innen zwangsumgesiedelt oder ihre Lebensgrundlage zerstört wurde. Man braucht kein Prophet zu sein um zu wissen, dass unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen sich dasselbe wiederholen würde.

Zudem würden altgediente globale Handelsmuster zum Tragen kommen. Industriestaaten liefern hochverarbeitete Produkte und Maschinen, während zum Beispiel afrikanische Länder ihre Rohstoffe verkaufen. Beim Wasserstoff verhält es sich genau gleich: Während Elektrolyseure aus Europa und Windräder sowie Solarpanels aus China geliefert werden, geben abhängige Staaten ihre Solar- und Windressourcen her.

Für die Menschen oder für das Kapital?

Weil der Transport von grünem Wasserstoff zurzeit noch schwierig ist, dürfte sich Europa vor allem auf Produktionsländer konzentrieren, die per Pipeline liefern können. Nach den Erfahrungen mit Russland und dem kriegsbedingten Versiegen von günstigem Gas soll im Bereich des Wasserstoffs eine gewisse Diversifizierung stattfinden. Ziel ist es, dass Europa möglichst viele Lieferanten von unterschiedlichen Energieträgern zur Verfügung stehen. Zudem sinkt der Preis des Wasserstoffs, je höher die Produktionsmenge ist und an je mehr Orten produziert wird. «Droht» man noch mit der Verwendung von blauem oder gar grauem Wasserstoff, erhöht das den Druck auf die Produktionsländer von grünem Wasserstoff zusätzlich.

Somit sind wir bei der Gretchenfrage angelangt: Grüner Wasserstoff hui oder pfui? Doch wie immer ist es nicht ganz so einfach. Technologie ist nicht neutral, auch wenn das immer wieder suggeriert wird. Bei jeder (neuen) Technologie stellt sich die Frage, wessen Interessen dahinterstehen und wem sie dient. Im Kapitalismus steht Technologie in erster Linie im Dienste des Kapitals. Bei grünem Wasserstoff ist es insbesondere die Erdöllobby, denn Produktion, Vertrieb und Verkauf von flüssigen und gasförmigen Energieträgern ist deren ureigenstes Business. Kommt nun ein grüner Energieträger im grossen und im Weltmassstab auf, sind es die Erdölkonzerne, die damit ihre Profite sichern können. Grundsätzlich sollten Kommunist_innen neuen Technologien offen gegenüberstehen. In einer zukünftigen Gesellschaft werden auch die technologischen Karten neu gemischt. Technologie sollte dann jedoch an den Orten und auf eine Weise eingesetzt werden, wo sie den Menschen dient und nicht mehr dem Kapital.



Solarpark in Chile: Energie für die Menschen vor Ort oder für die Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft?

MANOSPHERE

Das Netzwerk hinter digitalen Männerkulturen

Das auf Online-Plattformen wachsende antifeministische Netzwerk eröffnet jungen Männern einen riskanten Zugang zu reaktionären Ideologien. Ein tiefes Verständnis ihrer Mechanismen ist unerlässlich für jede antipatriarchale und antifaschistische Arbeit. Da politische Orientierung und Meinungsbildung heute sowohl online als auch offline stattfinden, können gesellschaftliche Veränderungen nur durch eine Verknüpfung beider Sphären effektiv vorangetrieben werden

(agafzh) Bereits in der letztjährigen 8-März-Ausgabe haben wir über die sogenannte Manosphere berichtet, ein Online-Netzwerk aus losen antifeministischen, queer- und frauenfeindlichen Communities. Ihre wachsende Bedeutung zeigt sich nicht nur online, sondern führt auch zu schwerwiegenden realen Konsequenzen, wie gewalttätige Angriffe in den letzten Jahren verdeutlichen. Wir haben diese gesellschaftliche Entwicklung nochmals angeschaut, verweisen für eine ökonomische Einordnung jedoch gerne auf den Leitartikel der aufbau Nr. 116.

Die Entstehung der Manosphere

Die Ursprünge der Manosphere sind eng mit gesellschaftlichen Veränderungen und der Verbreitung digitaler Plattformen verbunden. In den 1970er-Jahren, zur Zeit der „zweiten Welle des Feminismus“, entstand das „Men's Liberation Movement“ im Einverständnis mit feministischen Gruppierungen. Es kritisierte die Zwänge traditioneller Geschlechterrollen und wollte Männer von starren Erwartungen als Ernährer und Beschützer befreien. Doch mit dem Fokus des Feminismus auf Themen wie sexuelle und häusliche Gewalt entwickelten Teile der Bewegung eine antagonistische Haltung. Aus diesen Strömungen entstand die Männerrechtsbewegung (engl. Men Rights Movement), die den Feminismus zunehmend als Bedrohung darstellte und behauptete, Männer würden diskriminiert – etwa bei Vaterschaftsrechten oder im Bildungsbereich. Aus diesem Netzwerk entstand mit Hilfe des Internets die Manosphere. Heute sind darin mindestens vier Subgruppen zu verorten.

Die Subgruppen

Die Men's Rights Activists (MRAs) bilden die älteste Untergruppe und sind direkt aus der Männerrechtsbewegung entstanden. Sie sehen den Feminismus als Bedrohung, propagieren die Rückkehr zu traditionellen männlichen Rollen und fordern die Wiederherstellung männlicher Autorität. Ihr Diskurs konzentriert sich auf vermeintliche Benachteiligungen von Männern, etwa bei der militärischen Rekrutierung oder dem «Vaterschaftsbetrug».

In den 2000er Jahren brachte das sogenannte Pick-Up-Artist-Netzwerk (PUA) neuen Schwung in die Manosphere. Inspiriert von Büchern wie „The Game“ von Neil Strauss verbreiteten PUAs manipulative Strategien zur Verführung von Frauen, untermauert durch pseudowissenschaftliche Behauptungen. Frauen werden dabei als vorhersagbare und unterwürfige Objekte dargestellt, die es zu kontrollieren gilt. Mit dem Internet professionalisierten und kapitalisierten PUAs ihre Methoden und boten Kurse und Seminare an.

Das Incel-Netzwerk (Involuntary Celibates) entwickelte sich aus einer queeren online Community für introvertierte Menschen in den 1990er-Jahren. Diese Plattform wurde jedoch von jungen Männern übernommen, die ihre Unzufriedenheit und Einsamkeit in Hass auf Frauen und sexuell und beruflich erfolgreiche Männer umwandelten. Incels se-



Aus der Matrix-Metapher abgeleitet, fordert die Red-Pill-Philosophie, die „rote Pille“ zu schlucken, um die „Wahrheit“ einer angeblich männerfeindlichen Gesellschaft zu erkennen.

hen sich als Opfer einer biologischen sexuellen Hierarchie, nach welcher Frauen Männer mit hohem Status bevorzugen würden. Der Täter der Isla-Vista-Attentate 2014 in Kalifornien rief im Manifest explizit zu einer Incelrevolution auf.

Eine weitere Strömung sind die „Men Going Their Own Way“ (MGTOW), die einen radikalen Rückzug aus allen sozialen Beziehungen propagieren. Sie sehen die moderne Gesellschaft als männerfeindlich und streben völlige Selbstgenügsamkeit und Autarkie an. Anders als PUAs, Incels oder MRAs verzichten sie auf politischen Aktivismus oder Interaktion mit Frauen und ziehen sich vollständig zurück.

Die Red Pill Philosophie

Ein zentraler Aspekt, der die verschiedenen Subgruppen der Manosphere verbindet, ist die sogenannte Red-Pill-Philosophie. Abgeleitet vom Film «The Matrix», steht die Red Pill in der Manosphere für die Überzeugung, dass Feminismus und die moderne Gesellschaft Männer systematisch unterdrücken. Sie besagt, dass die Welt gynozentrisch sei, also ausschliesslich auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet und Männer als untergeordnete Opfer zurücklässt. Wer statt der «blauen Pille» die «rote Pille» nimmt, glaubt, die «wahre Natur» der Geschlechterdynamik und der Welt erkannt zu haben, und kann somit aus der Matrix aussteigen.

Antifeminismus im Mainstream

Die Anziehungskraft der Manosphere lässt sich durch eine Vielzahl gesellschaftlicher Faktoren erklären. Der Aufstieg feministischer Netzwerke und die schrittweise Erosion traditioneller Geschlechterrollen haben bei einigen Männern das Gefühl ausgelöst, ihre Privilegien zu verlieren. Diese „Statusangst“ wird durch die Unsicherheiten einer kapitalistischen Gesellschaft, die von Krisen und wirtschaftlicher Instabilität geprägt ist, zusätzlich verstärkt. Anstatt die strukturellen Ursachen ihrer Probleme zu erkennen, suchen viele Männer jedoch Sündenböcke in den eigenen Reihen – häufig Frauen, queere Menschen oder Geflüchtete.

Ursprünglich auf ältere Männer ausgerichtet, zielt die Manosphere auch zunehmend auf Jugendliche und junge Erwachsene, die während der Identitätssuche besonders anfällig erscheinen. Niederschwellige Austauschmöglichkeiten und Coachingangebote wirken als eine einfache Lösung für persönliche Probleme. Auf der Suche nach Selbst-

bewusstsein, Karriereberatung oder Hilfe bei sozialen Schwierigkeiten stossen junge Männer so auf Inhalte aus der Welt der PUAs. Was anfänglich nach einem harmlosen Austausch über Sorgen und Ängste erscheint, kann schnell in ein radikalisiertes Online-Netzwerk mit stark antifeministischen, frauen- und queerfeindlichen sowie faschistischen Inhalten abdriften.

Die Manosphere hat auch längst den (digitalen) Mainstream erreicht. Begriffe wie «Alpha Male» (ein dominanter Anführer, der durch Selbstbewusstsein und Durchsetzungsvermögen hervorsticht) oder «Winter Arc» (eine Phase der Isolation zur Selbstverbesserung) stammen aus der Manosphere und haben Eingang in die Jugendsprache gefunden. Solche Konzepte normalisieren antifeministische Ideologien, oft ohne dass dies bewusst wahrgenommen wird.

Die gängigen Online-Plattformen und Tech-Milliardäre erkennen den Profit aufgrund der Interessen an Selbstoptimierungsangeboten und öffnen somit Tür und Tor für die Manosphere. Aussagen wie die von Mark Zuckerberg, der kürzlich die Wichtigkeit „maskuliner Energie“ in Unternehmen betonte, tragen zudem dazu bei, antifeministische Narrative zu normalisieren und ihnen eine gesellschaftliche Legitimation zu verleihen. Zuletzt fingen schon vor einigen Jahren rechte Parteien an, die reaktionären Geschlechterrollen wieder vermehrt in ihre politischen Programme aufzunehmen und zu integrieren.

Um die Ausbreitung der Manosphere zu bekämpfen, müssen die tieferliegenden Ursachen angegangen werden. Solange der Kapitalismus und patriarchale Strukturen bestehen, wird die Unsicherheit und Unzufriedenheit weiter für reaktionäre Zwecke instrumentalisiert. Konkrete Interventionen sind daher unerlässlich: Es gilt, das Spiel der Herrschenden zu enttarnen und die Solidarität innerhalb der Klasse zu fördern. Sozialistische Lebensideen müssen so skizziert und vermittelt werden, dass sie in Krisensituationen als echte Alternative erkennbar sind. Junge Männer brauchen Räume, in denen sie über ihre Unsicherheiten sprechen können, ohne in toxische Geschlechterbilder gedrängt zu werden. Vielfältige Männlichkeitsbilder müssen gefördert werden.

Die Manosphere ist mehr als eine digitale Subkultur – sie ist ein Symptom für tiefgreifende gesellschaftliche Missstände. Ihre wachsende Verflechtung mit politischer Agitation macht es umso dringlicher, diesen Entwicklungen mit klaren Gegenstrategien zu begegnen.

MERKE



Zivile Unterstützer Einsatzleitung Front 8.3.24...



Auch dieses Jahr werden sie präsent sein.



MILITÄR

Landesverteidigung mit Blick nach Innen



Militarisierte Feuerwehr beim Löscheinsatz.

Teil 2

Seit dem Ukrainekrieg rückt auch für die Schweiz die Kriegsperspektive näher. Technologien auf dem Kriegsfeld entwickeln sich im Wochentakt. Armeestäbe und Nachrichtendienste sammeln Eindrücke und passen Verteidigungsstrategien an: Cyberangriffe, Sabotage, Flüchtlingswellen, politische Unruhen und Freiwilligeneinheiten finden Einzug in aktuelle Verteidigungsszenarien.

Der Krieg in der Ukraine ist ein hybrider Krieg

(agj) Der Krieg in der Ukraine findet nicht nur im Schützengraben statt. Seit Beginn des Krieges ist eine starke Hybridisierung des Konflikts sichtbar. Wir sehen die klassische Desinformation in den Sozialen Medien und Infoportalen, Fake News und Deep Fakes. Dazu kommen Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen, oftmals in Kombination mit militärischen Angriffen. Auch taktische Grenzöffnungen und Flüchtlingsströme sind Teil des hybriden Kriegs. Die Eingliederung der Maidankämpfer_innen und vielen weiteren Freiwilligen in Verbänden der regulären Armee ist fester Bestandteil der ukrainischen Verteidigungsstrategie. Es sind weit aus mehr Einheiten und Kleingruppen, welche in unterschiedliche Regimenter eingegliedert sind, als das ursprüngliche faschistische Vorzeigebatallion «Azov».

Die Freiwilligengruppen stellen sich selbständig zusammen aus Bezugsgruppen oder Freundeskreisen. Sie trainieren in einem ersten Moment autark und werden dann per Antrag in ein Regiment eingegliedert. Anschliessend ist es nicht gegeben, dass sie zusammenbleiben. Von der Armee kriegen die Gruppen ausschliesslich Benzin und Munition gestellt. Jegliche PA (Persönliche Ausrüstung) stellen die Gruppen mit eigenen finanziellen Mitteln zusammen. Das beinhaltet Waffen, Helme, Jacken sowie Nachtsichtgeräte, Medipacks, Truppenfahrzeuge und anschliessende Kosten für die Bestattung.

Die Selbstfinanzierung erfolgt über Social Media-Kampagnen, beispielsweise auf Instagram. Die Gruppen präsentieren Ausrüstungsteile und nennen einen Preis. Per PayPal können Nutzer_innen Geld spenden, als Belohnung winken Fotoabzüge, Velcro Patches, Stickers, Hoodies und alles was man sich vorstellen kann. Es gibt teils auch Spendenaktionen mit leeren Munitionskisten oder ausgeschnittene Patches von russischen Kriegsgefangenen. Es ist ein regelrechter Kriegs Memorabilia Markt. Zensur müssen sie keine befürchten, die Ukraine und die NATO sind ja offiziell «die Guten» und faschistische Gesinnungssymbole

werden gerne übersehen. Für die Staatspropaganda sind diese Gruppen willkommene Influencer_innen und passen perfekt in die Strategie vom hybriden Krieg. Als weitere Hybridisierung des Krieges wurde Rettungsdienste, Polizei und Feuerwehr militarisiert, diese tragen nun Schutzwesten und teilweise ballistische Helme. Oft verübt Russland einen sogenannten «Double Tap Angriff». Dabei wird dasselbe Ziel nach einer gewissen Zeit nochmals angegriffen um Rettungskräfte zu treffen.

Von der Konterrevolution zur subsidiären Hilfeleistung im Krieg

Das Konzept der Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Partnern basiert auf dem Konzept CIMIC (Civil Military Cooperation) des US Imperialismus in seinen besetzten Gebieten. Im US Armee-Handbuch «Insurgencies and countering insurgencies» steht: «Irreguläre Kriegsführung ist ein gewaltsamer Kampf zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren um Legitimität und Einfluss. Die Niederschlagung eines Aufstands erfordert eine Mischung aus zivilen und militärischen Massnahmen, die sowohl auf Unterstützung der Regierung des Gastlandes bei der Niederschlagung der Aufständischen auf dem Schlachtfeld und Unterstützung des Gastlandes bei der Bekämpfung der Ursachen des Aufstands bauen.»

Die ZMZ (Zivil-Militärische Zusammenarbeit) wandelte sich zum strategischen Teilaspekt der Landesverteidigung. Laut Militärgesetz Art.119 heisst es: «Die Armee arbeitet mit den anderen Akteuren des Sicherheitsverbundes Schweiz so zusammen, dass der Sicherheitsverbund flexibel, umfassend, rechtzeitig und wirkungsvoll auf sicherheitspolitische Bedrohungen und Gefahren in der Schweiz und im grenznahen Ausland reagieren kann.» Ergänzend heisst es im Armeereglement «Operative Führung 17»: «Die Zivil- Militärische Zusammenarbeit ist integraler Bestandteil jeglicher Führungstätigkeit und Dauertätigkeit der operativen Führung. Als Ergebnis folgt die Mittelzuweisung und die Beschreibung der erwarteten militärischen Leistung bzw. die Beschreibung der zu erbringenden Leistung (Dritter) zugunsten der Armee». Ein klarer Auftrag nach innen.

Die Ukraine hat schon 2014 damit angefangen, vorbildhaft ihre ZMZ-Strukturen aufzubauen. Die Schweiz will ähnliche Projekte lancieren.

Wie würde so ein Moment im PILUM 22 aussehen? Der Bundesrat würde vermutlich einen General ernennen und über diesen die Armee steuern. Zusätzlich wird der Armee ein weiterer Akteur zur Seite gestellt, bekannt aus

dem Katastrophenschutz: Das KFO (Kantonales Führungsorgan). Das KFO koordiniert die zivilen Behörden wie Polizei, technische Betriebe, Sanität, Feuerwehr, Zivilschutz und bewahrt die Ordnung. Der Kanton hat in der Schweiz grundsätzlich die Hoheit in der Sicherheitsfrage, auch im Kriegsfall. Der Verbindungsoffizier zwischen dem KFO und der Armee heisst KTVS (Kantonaler Territorialverbindungsstab).

Von der subsidiären Hilfe zur hybriden Kampfphase

Die Übung PILUM 22 fand zwar 2022 statt. Das Grundszenario von damals wird stets angepasst und weiterentwickelt. Es ist die Grundlage für jeden WK der sich mit dem «Verteidigungskrieg der Schweiz» auseinandersetzt. Das Szenario kennt drei Phasen: «Krypton», «Kosak» und «Kevlar».

Die erste Phase beginnt mit der Operation «Krypton». Hier unterstützt das Militär die zivilen Behörden und schützt kritische Infrastrukturen. Beispielweisen kann die Polizei bei Personalknappheit ländliche Posten schliessen und die Kräfte in der Stadt bündeln (ähnlich wie bei der Rad WM). Im PILUM 22 kriegt die Polizei dafür subsidiäre Hilfe der Armee. Sie kann wählen zwischen «Spontanhilfe» und «Hilfe gemäss Antrag». Die Polizei stellt über das KFO und den KTVS einen Hilfsantrag an die Armee. Als Leistung patrouilliert die Infanterie (im Sinne von «Show of force»). Die Infanterie ist für Patrouillendienst, Festnahme und Errichten von Checkpoints genügend ausgebildet. Die Polizei bekämpft weiter soziale Unruhen und kümmert sich um die Terrorabwehr feindlicher Sabotagegruppen aus «Elbonia». Es ist ein offenes Geheimnis bei der Armee, dass spontane paramilitärische Gruppierungen in der Schweiz, in dieser Phase von der Polizei bekämpft werden, aber in der darauffolgenden Kampfphase von der Armee eingegliedert werden. Sie sind fester Bestand vom PILUM 22 Szenario und bezeichnen sich selbst als «Patrioten».

Eine Klammer für die revolutionäre Perspektive: Die MP (Militärpolizei) ist die «IE (Interventionseinheit) vom Bund», und kommt nicht pauschal der Kantonspolizei zur Hilfe. Sie ist vor allem dann vorgesehen, wenn der Kanton die Sicherheit nicht mehr gewährleisten kann und der Kanton beim Bund um Hilfe bittet. Eine Stadtpolizei besitzen nur «grössere» Gemeinden und diese untersteht immer der Kantonspolizei. Einige Kantone haben ein «Taktisches Löschelement» bei der Feuerwehr. Dieses sieht sich «als Feuerlöscher der IE» der Kapo. Eine solche hybride Zusammenarbeit käme in der Schweiz wahrscheinlich bei einem Szenario wie dem G8 in Deutschland im Jahre 2017 zustande.

Während der Operation «Krypton» kriegen die militärischen Verbände zeitgleich mit der Operation «Kosak» eine einsatzbezogene Ausbildung.

Durch den feindlichen Angriff von «Elbonia» beginnt die Operation «Kevlar». Die «TerDiv» (Territorialdivision) stellt sich auf und die Panzer-Kampfbrigade «Mech.Br.11» (Mechanisierte Brigade 11) verpasst den Schlag. In dieser Kampfphase unterstützen die Behörden die Armee. Sie evakuieren Zivilisten aus dem Kampfgebiet, sind bereit Feuer zu löschen. Die technischen Betriebe bleiben weitgehend aktiv und die Krankenhäuser stellen Plätze für die Verwundeten. Die Armee ist befugt, zivile Objekte und Fahrzeuge zu requirieren, zum Beispiel Kühltransporter für die Lagerung von Gefallenen. Je nachdem welche Schweizer Grossstadt von den Kampfhandlungen betroffen wäre, ist die Rede von mehreren Hunderttausend Flüchtlingen.

Es ist eine sehr subtile, aber vollständige Vereinnahmung und Militarisierung der zivilen Partner. Es wird auf Krieg umgestellt, das Hinterland wäre überschwemmt von evakuierten Flüchtlingen. Das Militär patrouilliert, die Polizei reduziert sich auf Spurensicherung- und Festnahmeelemente mit IE und «patriotische» Paramilitärs werden eingegliedert. Dazu kämen Terroranschläge und Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen. Durch die bewusste Hybridisierung des Kriegs mit dem Konzept der ZMZ besitzt der «Verteidigungskrieg der Schweiz» einen klaren Blick nach innen. Es ist kein dystopischer Film, sondern ein sehr plausibles Szenario für den Bundesrat und die Armee. Der Antagonismus wäre nicht mehr auszuhalten und liesse nur noch eine Perspektive offen: Die Revolution.

Die genaue Ausgangslage der Übung PILUM 22 ist in der AUFBAU Ausgabe Nr. 119 nachzulesen

ROJAVA

Krieg gegen Faschismus und Barbarei

Die neusten Entwicklungen in Syrien sind Folgen der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Blöcken und bleiben auch für das revolutionäre Projekt in Rojava nicht folgenlos. Umso mehr gewinnt der revolutionäre Volkskrieg gegen Besatzung und Faschismus an Bedeutung.

(gpw) Seit dem Sturz des Baath-Regimes und der Machtübernahme der Dschihadistenallianz „Hayat Tahrir al-Sham“ (HTS) verändert sich die militärische, wie auch die politische Situation laufend. Wir befinden uns in einem historischen Moment, und was wir heute (Redaktionschluss dieser Zeitung 7.2.2025) schreiben, kann morgen schon alt sein. Das entstandene Machtvakuum bietet dabei nicht nur Chancen für das revolutionäre Projekt, sondern öffnete auch Tür und Tor für eine weitere militärische Eskalation seitens des faschistischen türkischen Staates und seinen dschihadistischen Söldnerbanden, hauptsächlich jenen der Syrischen Nationalarmee (SNA/SMO). Im Rahmen ihrer neo-osmanischen Ambition, die Hegemonialmacht in der Region zu werden, zielt der türkische Staat darauf ab, die Völker in Rojava zu vernichten und in Syrien seinen Machtanspruch geltend zu machen.

Nach 13 Jahren Bürgerkrieg übernahm die Hayat Tahrir al-Sham innerhalb von 12 Tagen die Kontrolle über mehrere Gebiete Syriens und fiel ohne Gegenwehr in Damaskus ein. Der Sonntagsspaziergang ähnliche Charakter der militärischen Offensive lässt sich einerseits mit dem desaströsen politischen, wie auch militärischen Zustand des Assad-Regimes erklären. Andererseits ist ein weiterer Grund der, dass die HTS nicht nur durch den türkischen Staat organisiert und unterstützt wird, sondern auch seitens der USA, wie auch Israel Rückendeckung erhielt. Während Erdoğan und seine Komplizen des AKP/MHP-Regimes ihren Einfluss auf Syrien durch den Machtwechsel erheblich steigern konnten, wollen sowohl die USA wie auch Israel die Entwicklungen im Nahen Osten nach den eigenen imperialistischen Interessen mitgestalten. Wenn es dann ein ehemaliger Flügel der Al-Qaida ist, welcher den Macht- und Aktionsradius von Russland und dem Iran einschränkt. So gehören auch gerne ehemalige Schlächter, unter anderem des IS, zum geopolitischen Kalkül.

Von Til Rifat und Minbic nach Kobanê

Den Sturz der Assad-Diktatur und die damit einhergehende unübersichtliche Lage nutzte der türkische Staat für einen weiteren militärischen Streich. Mit ihrer Proxytruppe „Syrische Nationalarmee“ (SNA) startete sie eine weitere

Eskalation gegen die Demokratische Selbstverwaltung in Nordostsyrien. Begleitet durch Luftschläge und Artillerie durch das türkische Militär, fielen dschihadistische Söldner in Til Rifat und Minbic ein und übernahmen –aufgrund eines taktischen Rückzugs der QSD - jene Städte. Bei jenen Rückzügen, anders als in den türkischen Staatsmedien behauptet, handelt es sich aber keinesfalls um militärische Schwäche, sondern wir erkennen das militärische Vorgehen der kurdischen Kräfte. In Til Rifat etwa konzentrierten sich die militärischen Kräfte auf die Schaffung eines Fluchtkorridors für die eingekesselte Zivilbevölkerung. Ein solcher wird nicht durch Worte und Zugeständnisse erbettelt, sondern militärisch erkämpft und rettete Tausende Menschen vor einer Herrschaft durch die SNA-Proxys. Wie jene aussieht kann tagtäglich in anderen besetzten Gebieten, wie etwa Afrin, beobachtet werden. Weder nehmen dort militärische Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Milizen zwecks Macht- und Gebietsaufteilung, noch Gewalt und Barbarei gegenüber der Bevölkerung ab. Und auch in Minbic war noch keine Woche seit dem Eindringen der Dschihadisten in die Stadt vergangen, als sie damit begannen, in Krankenhäusern gegenüber Verwundeten Gewalt anzuwenden und Einzelne, noch im Krankenhausbett, hinzurichten. Neben den menschlichen Aspekten ist der Rückzug auch militärisch-taktischer Natur. Denn oberstes Ziel der türkischen Armee ist die Besetzung der wahrscheinlich symbolkräftigsten Stadt Rojavas, Kobanê. Hier begann die Niederlage des Islamischen Staates und der Widerstand von Kobanê steht bis heute als Symbol für den Geist des revolutionären Volkskrieges und der Unbesiegbarkeit revolutionärer Ideen. Sowohl die Qereqozax-Brücke und der Tişrîn-Damm bilden den Zugang nach Kobanê, weshalb die Kräfte von Minbic an diesen Frontabschnitt verlegt wurden, um jene zu verteidigen.

Auf die eigenen Kräfte vertrauen

Seit Ende November rennen die dschihadistischen Söldnern, unter der Befehlsstruktur aus Ankara, mit hohen Verlusten gegen den Widerstand von Tişrîn an. Der YPG-Kämpfer Keltêş Kobanê fasst die Situation an der Euphrat-Front wie folgt zusammen: „Sie bedrohen Kobanê, aber wir haben keine Angst vor ihnen. Sie werden sehen, was Krieg bedeutet. Wir sind zum Kampf bereit, es ist der Kampf aller Kurdinnen und Kurden. So wie wir den IS in Kobanê gebrochen haben, werden wir auch sie schlagen. Kobanê wird aus der Luft und am Boden bombardiert. Sie wollen über Qereqozax nach Kobanê vordringen. Wir sind hier und halten die Stellung. Schaut, in Kobanê haben sich von jung bis

alt alle Menschen bewaffnet und leisten Widerstand. Die Bevölkerung ist vorbereitet und wir werden uns gegen alle Angriffe verteidigen.“ Und dabei bringt er einen wichtigen Punkt zum Ausdruck: Krieg umfasst verschiedene strategische wie taktische Mittel. Dazu gehört zum Beispiel die Diplomatie oder eine taktische Zusammenarbeit mit Kräften, die bestimmt nicht unsere Freunde sind. Manchmal können wir von Europa aus nicht immer auf Anhieb verstehen, warum die Freund_innen und Genoss_innen diesen oder jenen Weg wählen. Wichtig ist es aber, ihnen – die sie schon seit mehreren Jahren erfolgreich den revolutionären Prozess vorantreiben und militärisch verteidigen - zu vertrauen. Denn Revolutionen verlaufen nicht schablonenhaft ab.

Und was für alle, nun auch durch den Widerstand von Tişrîn und Qereqozax offensichtlich wird, ist die Stärke und Notwendigkeit des Volkskrieges. Auch wenn die Militärbündnisse unter der Führung der QSD sich stets weiterentwickeln und ihre Strategie und Taktik der objektiven Gegebenheiten anpassen, so ist ein rein militärischer Sieg gegen die zweitgrößte Natoarmee fast unmöglich. Wenn aber Jugendliche aus verschiedenen Regionen sich an den Waffen ausbilden lassen, um sich an der Front zu beteiligen. Wenn Menschen von jung bis alt trotz andauernder Bombardierung durch Drohnen zivile Mahnwachen auf dem Staudamm abhalten. Oder wenn Familien die Kämpfer_innen mit Essen, Unterschlupf und allem anderen was nötig ist unterstützen, dann ist dies alles Ausdruck eines starken politischen Bewusstseins. Es ist Ausdruck davon, dass sich die Bevölkerung als Teil der Revolution versteht, und es ist Ausdruck einer revolutionären Idee, die sich nicht durch Faschismus und Besatzung zermürben oder vertreiben lassen kann.

Oder wie es die Genoss_innen der HBDH / KBDH abschliessend zu ihrer Lagebeurteilung 2024 in Aussicht stellen: «Es geht darum, die Revolution von Anfang an gegen die neuen Invasionsversuche des faschistischen türkischen Staates, um die Revolution von Rojava zu zerstören, zu verteidigen.

Wir werden die Waffen gegen die Macht des Todes ergreifen und den vereinten revolutionären Kampf erheben, um unser Leben, unsere Arbeit und unsere Natur zu schützen und nicht zuzulassen, dass irgendeine Macht über uns oder außerhalb von uns - weder das Kapital noch sein Staat - uns beherrscht! Wir werden alles, was uns zur Verfügung steht, in Waffen verwandeln und unsere vorhandenen Waffen schärfen! Unser einziges Rezept zur Befreiung gegen Faschismus, Patriarchat, Besatzung und Kolonialismus ist es, uns zu organisieren, uns zu bewaffnen und zu kämpfen!»



Erdoğan und sein neuer, wie auch alter Freund HTS-Chef Ahmed al-Scharaa...



... treffen auf Widerstand auf dem Boden...



...wie auch vom Himmel

FRAUENKAMPF

Gewalt gegen Frauen und warum das staatliche Vorgehen wenig nützt

Die Schweiz tut sich schwer damit, im Kampf gegen Gewalt an Frauen vorwärtszukommen. Das liegt zum einen an der fehlenden Gewichtung der Thematik, zum anderen aber auch an einem Ansatz, der die Wurzel des Problems ausblendet.

(agfk) Im April ist es acht Jahre her, seit die Schweiz die Istanbul-Konvention ratifiziert hat und sich dazu verpflichtet hat, den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt politisch stärker zu gewichten. Rund 40 Staaten haben die Konvention des Europarates seit deren Inkrafttreten im August 2014 bis dato unterzeichnet. Einige, etwa die Türkei, sind seit 2014 wieder ausgestiegen, und auch jene, die sich wie die Schweiz, zu deren Umsetzung verpflichtet haben, scheitern am Versuch einer tatsächlichen Verbesserung.

Nur langsam oder gar nicht voran geht es hierzulande etwa bei der Finanzierung von Frauenhäusern und beim Schutz besonders gefährdeter Gruppen wie Migrantinnen. Es gibt Lücken bei spezialisierten Unterstützungsangeboten, etwa für Frauen mit Behinderungen, trans-Frauen oder andere besonders gefährdete Gruppen. Ebenfalls als mangelhaft gewertet werden die Fortschritte im Bereich Prävention (etwa bei der Täterarbeit), der Sensibilisierung der Gesellschaft und bei der Schulung von Fachkräften.

Das alles liegt zum einen daran, dass Gewalt gegen Frauen als Thema keine gesellschaftliche und politische Relevanz zugesprochen bekommt, zum anderen aber auch daran, dass die zugrunde liegenden ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen weitgehend unangestastet bleiben.

Ein strukturelles Problem

Gewalt gegen Frauen ist ein zentraler Mechanismus zur Aufrechterhaltung patriarchaler Herrschaft und Ausdruck dieser. Sie manifestiert sich dabei auf unterschiedliche Weise: Durch häusliche Gewalt, sexuelle Übergriffe, Belästigung am Arbeitsplatz und durch strukturelle Diskriminierung. In der Schweiz zeigen Statistiken, dass jede dritte Frau im Laufe ihres Lebens Opfer physischer oder sexueller Gewalt wird. Die Dunkelziffer liegt vermutlich um einiges höher.

Diese Gewalt ist dabei kein isoliertes Phänomen oder blosser Ausdruck eines zwischenmenschlichen Versagens; sie ist tief in der ökonomischen Struktur unserer Gesellschaft verankert und steht in einem direkten Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen

Realität, in der wir leben. Patriarchale Gewalt dient mitunter dazu, Frauen in abhängigen Positionen zu halten und ihre Unterordnung sicherzustellen. Diese Unterordnung wird durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung zum Teil (oder auf der einen Seite) verstärkt und auf der anderen Seite gebraucht, die Frauen als billige Arbeitskräfte und unbezahlte Reproduktionsarbeiterinnen ausbeutet. Viele Frauen arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen, insbesondere in den Bereichen Pflege, Reinigung und Verkauf. Diese Berufe sind nicht nur schlecht bezahlt, sondern auch wenig gesellschaftlich anerkannt.

Gleichzeitig leisten Frauen den Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit, sei es in der Kindererziehung, der Pflege von Familienmitgliedern oder im Haushalt. Diese Arbeit ist essenziell für das Funktionieren der Gesellschaft, wird von dieser aber zugleich entwertet. Die Doppelbelastung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit verschärft die Abhängigkeit von Frauen und macht sie anfälliger für patriarchale Gewalt: Ein Beispiel dafür ist die finanzielle Kontrolle in Partnerschaften, bei der Frauen der Zugang zu Ressourcen verweigert oder an sexuelle und anderweitige Dienstleistungen geknüpft wird. Diese Form der Gewalt ist ein direktes Produkt der kapitalistischen Organisation von Arbeit und Reichtum – und sie wird bei der breiten bürgerlichen Diskussion über Gewalt an Frauen allzu gerne übersehen.

Hinzu kommt, dass der Staat an sich kein neutraler Akteur ist, sondern ein Instrument zur Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenverhältnisse. Indem er die kapitalistische Produktionsweise schützt, trägt er indirekt zur Reproduktion patriarchaler Gewalt bei.

Und auch die „Pflasterlipolitik“, die der bürgerliche Staat anstelle einer strukturellen Veränderung anbietet, erfüllt an sich allein ihren Zweck nicht, wie etwa der Fakt verdeutlicht, dass viele Frauenhäuser in der Schweiz weiterhin chronisch unterfinanziert sind und flächendeckende Angebote für Opfer und Täter geschlechtsspezifischer Gewalt nicht bereitgestellt werden können. Wo der Staat scheitert, müssen wiederum Aktivist_innen mit Stunden um Stunden unbezahlter Arbeit in die Bresche springen. Und bezahlte Fachpersonen brennen am Versuch aus, mit den wenigen Mitteln, die sie haben, etwas zum Besseren zu wenden.

Oberflächlich auch in der Prävention

Hinzu kommt, dass die bürgerliche Politik weiterhin grossmehrheitlich die Ansicht vertritt, dass sich Gewalt gegen Frauen mit härteren Strafen verhindern lasse, indem etwa „einfach“ einige „schlechte Äpfel“ vom Rest

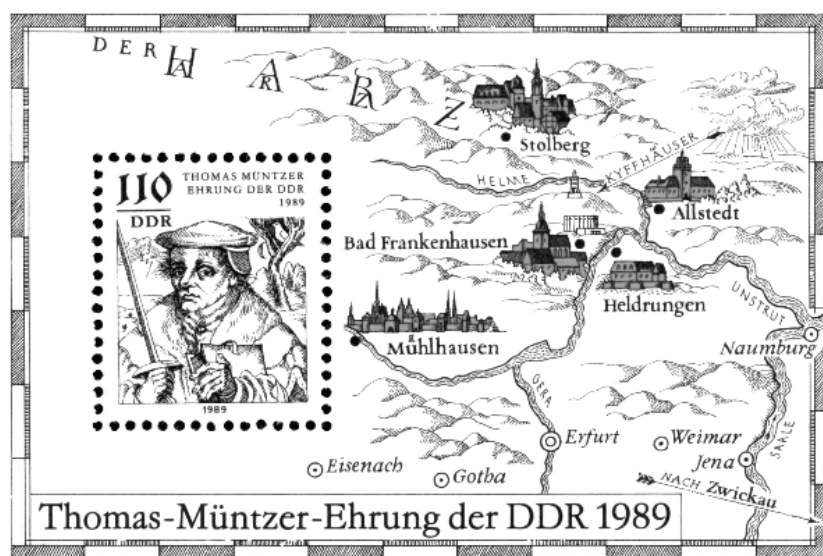
der Gesellschaft getrennt werden, um Gewalt gegen Frauen einzudämmen. Eine radikale Alternative dagegen muss Gewalt als Produkt von Ausbeutung und Ungleichheit begreifen und auf eine grundlegende Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse abzielen, um geschlechtsspezifische Gewalt grundlegend zu verhindern.

Nichtsdestotrotz müssen gewaltbetroffene Frauen und Mädchen heute schon geschützt werden. Personen, die jetzt schon in der Gewaltprävention und mit Gewaltbetroffenen arbeiten, brauchen die finanziellen Mittel, um sich weiterzubilden und zu erholen, und ihnen stehen Löhne zu, die der gesamtgesellschaftlichen Relevanz dieser Arbeit Rechnung tragen. Gewaltbetroffene Frauen und Mädchen brauchen in erster Linie finanzielle Sicherheit und eine sichere, geregelte Aufenthalts- und Wohnungssituation anstelle von Spenden und Almosen. Der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt in der Schweiz kann nur mittels einer rigorosen Umverteilung und Umgewichtung erreicht werden, und nicht mit einer Brösmelipolitik, wie sie seit nunmehr acht Jahren unter dem Deckmantel guter Absichten praktiziert wird.

Der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist untrennbar mit dem Kampf gegen das kapitalistische System verbunden. Reformen wie bessere Gesetze, mehr Frauenhäuser oder Lohnangleichung sind wichtige Schritte, aber sie greifen für sich allein betrachtet zu kurz, wenn die grundlegenden Machtverhältnisse nicht infrage gestellt werden. Die Befreiung der Frauen erfordert eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft. Dazu gehören die Vergesellschaftung von Care-Arbeit, die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Schaffung einer egalitären Wirtschaftsordnung.



Wer das Problem nicht an der Wurzel packt, macht sich mitschuldig: Protestaktion gegen Gewalt an Frauen in Sevilla.



1322530

Eine Briefmarke zur Ehrung von Thomas Müntzer aus der DDR. Die Karte zeigt seine wichtigsten Wirkungsstätten in Deutschland.



Schloss Allstedt, wo Müntzer seine Fürstenpredigt hielt.

GESCHICHTE

500 Jahre «Bauernkrieg»: Thomas Müntzer

In unserem ersten Artikel über den «Deutschen Bauernkrieg» von 1524-26 (aufbau Nr. 119) richteten wir den Blick auf die sozioökonomischen Ursachen und die Vorgeschichte der Aufstände. In diesem zweiten Teil wollen wir einen der wichtigsten Protagonisten dieser Zeit in den Fokus stellen: Den Reformator und Prediger Thomas Müntzer.

(agbs) Das Aufkommen der Reformation im Heiligen Römischen Reich zu Beginn des 16. Jh. war stark durch die Weiterentwicklung der Produktionsverhältnisse ab 1450 bedingt. Die damit einhergehenden sozioökonomischen Entwicklungen – Bevölkerungswachstum, Landmangel, erhöhter Ressourcenbedarf – und Verschärfungen der Ausbeutung der Bauernschaft durch Adel, Klerus und Patrizier, förderten die Unzufriedenheit gegen den wachsenden Reichtum der Kirche, die zunehmend als korrupt und verfallen wahrgenommen wurde. Religiöse Kritik und Reformbestrebungen gegen diese Missstände hatte es schon 1350-1415 mit John Wyclif in England und Jan Hus in Böhmen gegeben. Im Zuge des 15. Jh. wurden vor allem der Ablasshandel und die massive Zurschaustellung von Reichtum ausschlaggebend für Forderungen einer grundlegenden Reformierung der katholischen Kirche. Bewegungen, wie die der Hussit_innen in Böhmen oder die des Girolamo Savonarola in Florenz waren im 15. Jh. Vorreiter der bald eintretenden Reformation.

Die Reformation und ihr Verhältnis zur Bäuer_innenbewegung

Die Predigen eines Luther oder Melancton gegen den übermässigen Reichtum und die Korruption der katholischen Kirche fanden bald grossen Anklang unter der armen Landbevölkerung, die am meisten von der ökonomischen Ausbeutung der geistlichen (und weltlichen) Herrschaft betroffen war. Religiös motivierte Kritik und Widerstand gegen die soziale Ordnung war in Spätmittelalter kein neues Phänomen: Sowohl bei den Hussit_innen als auch bei Girolamo Savonarola und weiteren Bewegungen waren soziale Forderungen mit religiösen vermischt und untermauert gewesen.

Obwohl sie zum Teil mit den Anliegen der Bäuer_innen sympathisierten, distanzierten sich Luther und Melancton bald von deren Forderungen, als klar wurde, dass sie im Widerspruch zu den Interessen des Hochadels und der städtischen Bürgerschaft lagen. Die Reformatoren brauchten die Unterstützung dieser Kreise, um gegen die päpstliche Macht zu bestehen, und ohnehin war ihr Hauptanliegen eine Reformierung der Kirche im moralisch-religiösen Sinne und keine grundsätzliche Aufrüttlung der herrschenden Verhältnisse.

Thomas Müntzer

Im Gegensatz zu Luther, dessen Anhänger er zu Beginn gewesen war, stellte sich Müntzer unmissverständlich auf die Seite der Bäuer_innen in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung durch die feudale Ordnung.

Zwischen 1485 und 1490 in Stolberg wahrscheinlich in eine stadtbürgerliche Familie geboren, kam Müntzer 1514, während seiner Zeit in der Michaeliskirche in Braunschweig, in Kontakt mit frühreformatorischem Gedankengut. Er nahm schon bald eine aktivere Rolle ein, als er Anfang 1519, in Jüterbog, den Prediger Franz Günther in

seinem Konflikt mit dem Franziskanerorden unterstützte. Sein frühreformatorisches Wirken wurde wahrscheinlich auch durch direkten Kontakt mit Luthers Lehren geprägt, da er im Juni 1519 als Beobachter an der Leipziger Disputation zwischen Luther und Johannes Eck teilnahm und in dieser Zeit mehrmals Wittenberg besuchte, wo Martin Luther zu dieser Zeit wirkte.

Die Zeit als Reformator und das Prager Manifest

Im Mai 1520 übernahm Müntzer die Kanzel an der Marienkirche in Zwickau und später dann an der Katharinenkirche. Er erhielt so zum ersten Mal die Gelegenheit, mit seinen Predigten das Publikum einer grösseren Stadtgemeinde zu erreichen, geriet jedoch bald mit den Franziskaner in Konflikt, wurde des Aufruhrs verdächtigt und musste Anfang 1521 die Stadt verlassen.

Von Zwickau ging Müntzer nach Prag, wo er das gleichnamige Manifest verfasste, das die Grundzüge seiner Theologie beschreibt. Neben der Anklage von Korruption und Verfall innerhalb des Klerus, fordert Müntzer eine neue Kirche, die das Wort Gottes verteidigen soll:

«Dass ich solche Lehre an den Tag bringe, bin ich bereit, um Gottes Willen mein Leben zu opfern. Gott wird wunderliche Dinge mit seinen Auserwählten (...) tun. Wenn die neue Kirche hier anfangen wird, wird dieses Volk der ganzen Welt ein Spiegel (und Beispiel) sein. Darum rufe ich einen jeglichen Menschen, dass er dazu helfe, damit Gottes Wort verteidigt werden kann. (...)»

Die hier benutzte Rhetorik setzte die Weichen für den Übergang von einer rein kirchlich reformatorischen Orientierung hin zur Artikulierung weit radikaleren sozialrevolutionären Forderungen. Vor allem die Gewichtung auf eine neuen Kirche und der Appell an alle Menschen, das Wort Gottes zu verteidigen, weisen in die Richtung der Abschaffung der alten Ordnung: Im kirchlichen Verständnis war die Aufgabe der Verbreitung und Deutung des göttlichen Wortes allein der Kirche und ihren Institutionen vorbehalten. Die Idee, dass die Allgemeinheit der gläubigen Menschen, unter denen Bäuer_innen und Plebejer_innen die deutliche Überzahl stellten, diese Rolle übernehmen könnten und obendrein noch Gottes Wort verteidigen sollte (die Aufgabe der weltlichen und kirchlichen Herrscher), kann weitergedacht, nur in Richtung einer Abschaffung der feudalen Ordnung und der (päpstlichen) Kirche weisen. Den Aufruf, Gottes Wort zu verteidigen, impliziert, dass dieses unter Angriff steht – und zwar durch den im Text scharf angegriffenen Klerus – was wiederum bedeutet, diesen von seiner Machtposition zu drängen. Da es um etwas geht (das göttliche Wort), was für den mittelalterlichen Menschen fundamental für das Verständnis der Welt und seiner Ordnung war, ist Waffengewalt in letzter Konsequenz nicht ausgeschlossen, weil eine Opposition gegen Gottes Wort, ein Angriff auf die Christenheit als Ganzes ist. Der Weg vom Reformator zum Sozialrevolutionär ist nicht mehr weit.

Vom Reformator zum Sozialrevolutionär: die Fürstenpredigt

Müntzer musste angesichts einsetzender Repression im November 1521 wieder Prag verlassen. Anfang 1523 wurde er dann Prediger an der Johanniskirche in Allstedt. Seine Predigen zogen bald viele Zuhörer_innen an und damit

auch die Reaktion der weltlichen Herrschaft. Eine Intervention des Stadtrats von Allstedt und des sächsischen Kurfürsten blieb aber vorerst aus. Müntzer erhielt im Juli 1524 sogar die Gelegenheit, seinen Standpunkt vor Herzog Johann von Sachsen und seinem Sohn zu vertreten.

Die daraus resultierende Fürstenpredigt stellte eine Zäsur im Denken Müntzers dar, denn sie drückt die im Prager Manifest erst angedeuteten Forderungen nach einer Aufrüttlung der feudalen Ordnung in beispielloser Klarheit aus. Die schon im Prager Manifest angedeutete Rolle des «gemeinen Volkes» in der Beseitigung der kirchlichen Missstände, wird hier klar ausgedrückt, in dem es der geistlichen und weltlichen Obrigkeit gegenübergestellt wird. Diese hat ihre Pflicht, die christliche Gemeinschaft zu hüten, vernachlässigt, diese Rolle muss somit von den «gemeinen Menschen» übernommen werden, die u.a. als «Gottes rechte Schulter» bezeichnet werden. Während den Landesfürsten somit gottloses Verhalten vorgeworfen wird, erhebt Müntzer die «gemeinen Menschen» zum auserwählten Volk.

Gleichzeitig werden die weltlichen Herren dazu aufgefordert, sich bei der Wiederherstellung der Kirche und des Wortes Gottes anzuschliessen, oder die Konsequenzen daraus zu tragen. Die Beseitigung der alten Ordnung wird somit so oder so stattfinden, und das Volk bleibt das Subjekt dieser Umwälzung. Indem den einfachen Menschen ihre Untertänigkeit genommen, ihnen praktisch ein Widerstandsrecht gegen die geistlichen und sozialen Missstände zugestanden, sowie die Hauptrolle bei der Beseitigung der feudalen Ungerechtigkeiten gegeben wird, bewegt sich Müntzer endgültig vom Reformator zum Sozialrevolutionär.

Die Schlacht von Frankenhausen und das Ende

Die Fürstenpredigt war so ein eindeutiger Bruch mit der kirchlichen und weltlichen Herrschaft, dass er bald darauf, im August 1524, von Allstedt nach Mühlhausen flüchten musste. Mit dem Ausbruch des «Bauernkriegs», stellte sich Müntzer konsequent auf die Seite der Aufständischen. Im Verlauf der Aufstände, versuchte er, weitreichende Umwälzungen zu initiieren: Er liess Privilegien aufheben, Klöster auflösen, schaffte Räume für die Obdachlosen und richtete Armenspeisen ein.

Auch versuchte er, die verschiedenen, in Süddeutschland operierenden Bauernhaufen zu vereinen, scheiterte jedoch dabei. Trotzdem blieb er der Sache treu und führte im Mai 1525 seine Unterstützer_innen von Mühlhausen nach Frankenhausen, wo sich die Thüringer Bauernhaufen gegen die Adligen konzentriert hatten. Trotz ihrer starken defensiven Position und der moralischen Motivation durch Müntzers Anwesenheit, wurden die Aufständischen von den professionellen Truppen der Herren völlig aufgerieben. Tausende versuchten in die Stadt zu flüchten, darunter der schwerverletzte Müntzer. Während die Landsknechte in Frankenhausen und Umgebung ein Massaker an den flüchtenden Bäuer_innen verübten, wurde Müntzer gefasst und wenige Tage später hingerichtet.

Der Traum einer gerechten Welt war zerschlagen worden, die Schriften Müntzers verbrannt, doch seine Ideen blieben ein wichtiger Meilenstein auf dem langen Weg der Herausbildung revolutionärer Gedanken, die das 19. und 20. Jahrhundert so stark prägen würden.



Ingrid Artus / Nadja Bennewitz: Wir kommen aus dem Kampf heraus. Das politische Leben der Antifaschistin Berta Backof

(agfk) Berta ist 17, als sie sich einen «Bubikopf» schneiden lässt – gegen den Willen ihrer Mutter. Der Gegenwind, den die kurzen Haare und ihr Beitritt zur Sozialistischen Arbeiterjugend erzeugt, bestärkt ihre Politisierung in der Weimarer Republik nur noch mehr. Berta Backof (1911-2001) protestiert gegen Aufrüstung und den Vormarsch der Faschisten. Bald tritt sie in die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) ein, dann 1932 in die Kommunistische Partei Deutschland (KPD). Sie beginnt, klandestine politische Aufgaben zu übernehmen und wird ab 1933 aktiver Teil des Widerstands in der Illegalität. Das Buch stützt sich auf ausführliche Interviews mit Berta Backof. Sie schildert ausgefochtene Kämpfe, ihre Verhaftung durch die Nazis oder, für die Zeit nach 1945, ihre Arbeit als kommunistische Funktionärin in einer männlich geprägten Organisation. In den harten Linienkämpfen innerhalb der Partei beweist sie einmal mehr ihre mutige Eigenständigkeit. Wie so viele andere wird sie aus der Partei ausgeschlossen, was für sie ein harter Schlag bedeutet, sie, die ihr Leben der Parteiarbeit gewidmet hatte. Aber auch jenseits der Partei bleibt sie ihr Leben lang politisch bewusst und aktiv. Noch in den 1990er Jahren läuft sie an der Spitze der 1.-Mai-Demonstration in Nürnberg. Die authentischen Schilderungen Berta Backofs werden durch die Autorinnen Ingrid Artus und Nadja Bennewitz historisch eingebettet, so dass sich ein äusserst spannendes, lebendiges Bild der Arbeiter_innen- wie auch der Nürnberger Lokalgeschichte ergibt. Sowie das Porträt einer beeindruckenden Frau und Genossin, deren Leben über den Tag hinausweist.



Geschichte der kommenden Welten: Ein Podcast über linke Geschichte – Von Indigo Drau und Sina Reisch

(agafzh) «Es ist die Geschichte der kommenden Welten, weil wir davon erzählen, wie Menschen in ihrer jeweiligen historischen Situation für eine bessere Zukunft gekämpft haben.» So stellt sich der Podcast selbst vor. Alle zwei Wochen erzählen sich Indigo und Sina gegenseitig von der vielfältigen emanzipatorischen Geschichte der Linken in Deutschland und International. Dabei laden sie themen-spezifisch Gäste ein, welche Expert_innen im jeweiligen Themenbereich sind. Indigo und Sina, zwei politisch aktive Frauen aus Leipzig, haben sich im Hambacher Forst (einer Waldbesetzung und Protestlager gegen Braunkohletagebau, welches 2018 nach grossen Demonstrationen geräumt wurde) kennengelernt, wo sie auch Teil des «Ende Gelände» Podcasts waren. In ihrem Podcast «Geschichte der kommenden Welten» präsentieren sich Indigo und Sina gegenseitig Biografien, historische Momente emanzipativer Kämpfe oder auch aktuelle Geschehnisse. Die erste Folge wurde im September 2023 ausgestrahlt und drehte sich um die Arbeitslosenbewegung im Chicago der 1930er Jahre. Von da an ging es sprunghaft von Thema zu Thema, vom antikolonialen Befreiungskampf in Vietnam anhand der Biografie von Ho Chí Minh über Allendes Chile zu Antifa Gençlik bis zu aktuelleren Themen wie Dresden Nazifrei oder der Syrischen Revolution 2011-2024. Mal mehr und mal weniger liebäugeln sie auch mit reformistischen Ideen, was dennoch zumeist den historischen Aufarbeitungen, vor allem auch durch die eingeladenen Expert_innen, nicht im Wege steht. Ihre aktuelle Folge (GKW31) behandelt die Biografie von Sakine Cansız (Gründungs- und Führungsmitglied der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, welche 2013 in Paris vom türkischen Geheimdienst MIT ermordet wurde) und ihre Rolle in der kurdischen Frauenbewegung. Anhand von Interviews mit einer Weggefährtin und diversen weiteren Quellen zeichnen sie die Geschichte von Sakine Cansız nach, von ihrer Zeit vor der Gründung der PKK, zu den 12 Jahren in Foltergefängnissen in der Türkei, ihrer Jahre in den kurdischen Bergen bis zur Zeit in Europa und ihrer Ermordung. Gehört werden können die Podcast-Folgen auf allen gängigen Podcast-Plattformen oder auf Radioblau.de. Zusätzlich haben die beiden einen Telegram-Kanal, in dem sie Quellen und weitere Informationen zu den jeweiligen Podcast-Inhalten teilen.



Die Frauen von MAMAK Widerstand im türkischen Militärgefängnis

(agfk) Abed Salama ist ein Palästinenser, der in Jerusalem lebt, und damit ist die Geschichte dieses Buchs eigentlich bereits erzählt. Anhand einer Vielzahl von Akten, Dokumenten und Gesprächen dokumentiert Nathan Thrall (der als jüdischer Amerikaner einige Jahre in Jerusalem lebte und dort in NGOs tätig war, deren Gegenstand der israelisch-palästinensische Konflikt ist) diesen einen Tag in Salamas Leben, der so unheimlich vieles in sich verdichtet. Mit vielen Rückblenden und Nebenerzählungen, die sich den verschiedenen Personen widmen, die in diesem Tag vorkommen – Palästinenser_innen und Israelis, Orthodoxe und Marxist_innen, Frauen und Männer – zeichnet Thrall ein reiches Bild der Realität der gegenwärtigen Apartheid im historischen Palästina. Dreh- und Angelpunkt der Geschehnisse ist ein Unfall eines Schulbusses mit palästinensischen Schüler_innen, die unterwegs zu einem Ausflug waren, wovon einer Salamas Sohn Milad ist. Natürlich ist dieses Ereignis – ein brennender Bus mit Kindern, deren Rettung durch den Irrsinn des kolonialen Besatzungszustands erschwert wird – ein menschlicher Ansatzpunkt, um jenseits von Fragen der historischen Verantwortung und dergleichen, schlicht und einfühlsam zu schildern, wie unmenschlich die Gegenwart ist. Thrall ist parteiisch, sicher, aber keineswegs einer, der zuspitzt und übertreibt. »Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat,« sagte Rosa Luxemburg und genau das erklärt, weshalb es lange ging, bis das Buch auf Deutsch erschien. Erst ein Jahr nach der Erstveröffentlichung auf Englisch kommt das Buch nun deutschsprachig auf den Markt, bei einem kleineren Verlag, was erstaunen könnte, da das Buch mit dem renommierten Pulitzer-Preis ausgezeichnet wurde. Weshalb es lange ging, weshalb bei genau diesem kleinen Verlag, das erklärt Thrall damit, dass grössere deutsche Verlage aus politischen Gründen stets absagten. Angesichts des Genozids soll nicht einmal dieses kleine humanistische Buch die herrschende Staatsraison zugunsten Israels stören. Und man erinnert sich, wie die letztlich zahme Rede von Slavoj Žižek über Palästina und Israel bei der Frankfurter Buchmesse vor einem Jahr zu einem regelrechten Eklat führte. Die Macht wird auch über den Zugriff auf unsere Köpfe gesichert, weshalb niemand sagen soll, Literatur könne nicht befreiend wirken.

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich / Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org / Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafts), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafzh), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Arbeitsgruppe Frauenkampf (agfk), Frauenkampfkollektiv (fkk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Paramoia City Buch & Wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.